Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
und des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Nr. 02/11 – 7. Juli 2011
11. Jahrgang

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Messe erweitern – wohin? Bei der Erweiterung geht es um 100 Millionen Euro **Seite 3**

Kita-Ausbau .... durch Abbau von Ganztagsbetreuung? **Seite 2**

Das KiBiz-Reförmchen: **War's das bis 2015?** **Seite 11**

Dossier: Griechenland-Krise **Seiten 7–10**

Kurz & Knapp

JZE Papestraße dicht

Die Dezernenten Renzel und Raskob haben Fakten geschaffen: Das JZE ist dicht. Über ein Jahr hatte das Bündnis „Rettet das JZE" gegen die Schließung gekämpft. Zuletzt besetzten 100 Unterstützer das Gebäude. Dezernent Renzel (CDU) drohte – in Begleitung von Polizei – mit Räumung, die Jugendlichen wichen der Staatsgewalt. jbü

Diether-Krebs-Platz

Die Grünanlage am Ostpark im Südostviertel wird bald Diether-Krebs-Platz heißen. Diether Krebs wurde 1947 in Essen geboren, wuchs in der nahe gelegenen Kurfürstenstraße auf. Europaweit bekannt und geschätzt wurde Diether Krebs als Schauspieler, Kabarettist, Komiker und Sänger. Diether Krebs lebte skandalfrei, war verheiratet und Vater zweier Söhne. jbk

Rat gegen Rechts

Aus Anlass der Schändung von Gräbern auf dem Jüdischen Friedhof ergriffen LINKE und FDP zur Mai-Ratssitzung die Initiative: In einer gemeinsam beantragten Aktuellen Stunde verabschiedete der Rat eine Erklärung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – für ein tolerantes und weltoffenes Essen", die sich deutlich gegen die Bagatellisierung dieser Nazi-Schmierereien ausspricht. jbü

Türkisches Generalkonsulat in Kray

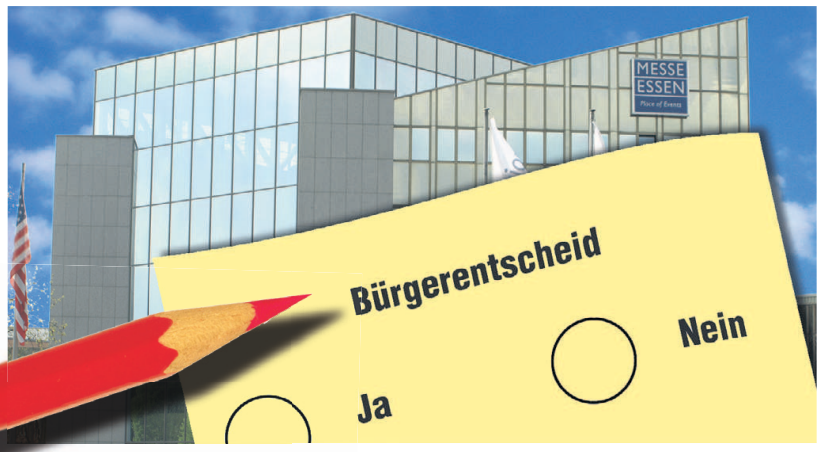
Das türkische Generalkonsulat zog von Essen-Bredeney nach Essen-Kray. Das Gelände der ehemaligen NATO Gustav-Heinemann Kaserne, in der Fernmeldeeinheiten ausgebildet worden sind, wurde am 6. Juni 2011 bezogen. jbk

Millionen für die Messe?

Bürgerentscheid jetzt!

Von Hans Peter Leymann-Kurtz

Man kann es nur als Zumutung bezeichnen, in welcher Form die Messe-Geschäftsführung Anfang d. J. an die Politik herangetreten ist, um „mal eben" die Zustimmung zu einem neuerlichen Ausbau zu erhalten: Binnen 2 (in Worten: zwei) Wochen sollte den RatsvertreterInnen eine Entscheidung über eine Investition in Höhe von 100 Mio. Euro sowie zukünftige jährliche Zuschüsse in Höhe von 10 bis 15 Mio. Euro abverlangt werden.



Bürgerentscheid für oder gegen die Messe-Erweiterung

Während die SPD – allen voran OB Paß – mit diesem Vorgehen zunächst keine Probleme hatte, zögerte die CDU. Ihr Grüner Koalitionspartner hat zwar kein Problem mit den millionenschweren Ausgaben, wohl aber mit den hiermit verbundenen Baumfällungen.

Doch mittlerweile besteht keine Eile mehr. Die Entscheidung zum Messe-Ausbau wurde in den Spätherbst verschoben. So bleibt reichlich Zeit, um Alternativen zu prüfen.

DIE LINKE ist der Überzeugung, dass man gerade bei einer derart weitreichenden Entscheidung die BürgerInnen einbeziehen muss. Es geht immerhin um einen Betrag von weit über 200 Mio. Euro. Warum sollen BürgerInnen nur dazu gefragt werden, ob es Schulmilch mit oder ohne Geschmack geben soll?

Vor diesem Hintergrund wird DIE LINKE Ratsfraktion einen entsprechenden Antrag in die Juli-Ratssitzung einbringen. Zielsetzung ist, dass im Herbst ein Bürgerentscheid zur Zukunft der Messe durchgeführt wird.

Wir LINKE drücken uns durch die Entscheidung der WählerInnen nicht vor einer eigenen Position. Dieser von Teilen der CDU geäußerte Vorwurf zieht nicht. Will man hier vielleicht – weil's gerade politisch opportun ist – das Instrument des Ratsbürgerentscheides prinzipiell in Frage stellen?

Dabei war es vor 3 Jahren maßgeblich die CDU im NRW-Landtag, die dessen Einführung betrieben hatte.

Die Abstimmung über einen Ratsbürgerentscheid (Infokasten) wird eine Nagelprobe für mehr Bürgerbeteiligung.

Hans Peter Leymann-Kurtz ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen.

Mehr zum Thema Messe auf Seite 3

Vier Fäuste gegen Rechts

Vier Fäuste gegen Rechts: Anlässlich einer „Mahnwache" der NPD machte DIE LINKE deutlich, dass es in Essen keinen Platz für Ausländerfeindlichkeit und Rassenhass gibt. Im Bild: Hans Peter Leymann-Kurtz (Vorsitzender Ratsfraktion), Azize Oguz (Jugendverband ['solid]), Birgit Petereit (Kreissprecherin und Mitglied in der BV V), Jutta Potreck (Mitglied in der BV VI). Foto: S. Dolge

Der Ratsbürgerentscheid

GemeindeOrdnung NRW (§ 26 Abs. 1 Satz 2): „Der Rat kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen, dass über eine Angelegenheit der Gemeinde ein Bürgerentscheid stattfindet (Ratsbürgerentscheid)."

LINKER Beschlussvorschlag für den Rat

Der Rat der Stadt Essen strebt einen Ratsbürgerentscheid zur Zukunft der Messe Essen an. Zu diesem Zweck verständigen sich die Fraktionen in enger Abstimmung mit der Verwaltung bis September 2011 auf eine geeignete Fragestellung (...).

Von Janina Herff

Kita-Ausbau ....

... durch Abbau von Ganztagsbetreuung?

Was wie der große Wurf bei der Kita-Ausbauplanung aussehen soll, und nach dem Willen des CDU-Jugenddezernenten Renzel in der Juli-Sitzung des Rates beschlossen wird, ist nichts Anderes, als der längst überfällige Schritt, auch in Essen endlich den gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umzusetzen.

Obwohl es diesen Rechtsanspruch für über dreijährige Kinder seit langem gibt, und der für unter dreijährige Kinder bis 2013 umgesetzt werden muss, ist der bedarfsgerechte Kitaausbau in Essen bis heute – zum Ärger vieler betroffenen Eltern – nur Stückwerk.

Noch für das laufende Haushaltsjahr 2011 war die Viererstruppe von CDU, Grünen, FDP und EBB im Rat – wider alle Sonntagsreden – nicht gewillt, angemessene Mittel für den bedarfsgerechten Kita-Ausbau aufzubringen und einem entsprechenden Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zu folgen. Im Gegenteil: Der vorhandene Ausbaubedarf an realer Ganztagsbetreuung (nämlich 45 Stunden) wurde vergangenes Jahr gekürzt und stattdessen auf dem Rücken der Kitaträger, der ErzieherInnen und vor allem auf dem der Eltern und Kinder eine unzureichende „Notlösung" präsentiert.

Jetzt endlich will die Stadtspitze um OB Paß zur Finanzierung der Kinderbetreuung von 2012 bis 2015 zusätzliche ca. 70 Millionen Euro aufwenden. So weit, so überfällig, könnte man meinen.

Bei genauerer Betrachtung der Beschlussvorlage fällt aber auf, dass zur Finanzierung (Teilkompensation) dieses Vorhabens, ein weiterer Abbau ausgerechnet bei der Ganztagsbetreuung (nämlich 45-Stunden-Plätze) vorgesehen ist, was den realen Bedarfen total entgegensteht. Die großspurigen Ankündigungen von Schwarz, Grün und Co. werden erneut als Schaumschlägerei entlarvt. Zudem wurde die Zielplanung für den Rechtsanspruch bei den unter dreijährigen Kindern von 2013 auf 2016 gestreckt, was zur Folge haben kann, dass Eltern ab 2013 ihren Rechtsanspruch auf Betreuug einklagen müssen.

Immerhin konnte im Jugendhilfeausschuss am 14. Juni auf Antrag der Wohlfahrtsverbände (Kita-Träger) erreicht werden, dass es ohne eine brauchbare, bisher von der Stadt nicht vorgenommene, genaue Bedarfserhebung bei der Ganztagsbetreuung, keine Kürzungen dieser Plätze geben soll. Das muss aus LINKER Sicht im Umkehrschluss aber auch bedeuten, bei erwartbar höheren Bedarfen in einzelnen Stadtbezirken, endlich mehr statt weniger Ganztagsbetreuung (45 Stunden) zu schaffen.

Ob sich CDU/GRÜNE/FDP/EBB und Dezernent Renzel (CDU) diese notwendige Sicht zu Eigen machen, darf bezweifelt werden. In der Ratssitzung am 12. Juli wird abschließend entschieden. DIE LINKE Ratsfraktion wird hier weiter Druck machen.

DIE LINKE lehnt den Vorstoß ab. – Foto: S. Dolge

Janina Herff ist Ratsfrau in der Fraktion DIE LINKE

Und Grüne immer mit dabei!

Sozialstaffelung bei der Kita-Mittagsverpflegung soll gekippt werden.

Die konservativ-bürgerliche Ratskoalition von CDU/Grüne/FDP/EBB plant auf Vorschlag des Jugenddezernenten Renzel (CDU), die nach Einkommen gestaffelte Unterstützung für die Mittagsverpflegung in städtischen Kindertagesstätten abzuschaffen. Damit müssten Familien mit geringen Einkünften monatlich mehr, Eltern mit höheren und hohen Einkünften monatlich nennenswert weniger berappen. Schwarz-grün-gelber Gerechtigkeitssinn der typisch Essener Art also wieder einmal.

In einer Beschlussvorlage für den Rat der Stadt am 12. Juli, präsentiert Renzel diesen skandalös unsozialen Vorschlag gut getarnt in einer Vorlage, welche eigentlich nur eine Anpassung an die Bundesgesetzgebung vorsehen sollte. Seit dem 1.1.2011 werden nämlich für Familien mit Anspruch auf Hartz 4-Leistungen und so genannten Schwellenhaushalten (Berechtigte von Kindergeldzuschlag und Wohngeld) die Zuschüsse für das Mittagessen in den Kitas vom Bund übernommen. Dies geschieht im Rahmen des so genannten Bildungs- und Teilhabepaketes, also jenes Bundesgesetzes, welches arme Kinder besser stellen sollte, dieses Ziel – von LINKEN vorausgesagt – aber deutlich verfehlt, und zudem noch als bürokratisches Monster daherkommt.

Erhöhung für Geringverdiener

Praktisch führt das in Essen dazu, dass der Eigenanteil für die Mittagsverpflegung bei Hartz-4-berechtigten Kindern zukünftig monatlich höher ausfällt (statt 17,90 nunmehr 20,00 Euro).

Schlimm genug, könnte man meinen, im Windschatten dieser Neuregelung wollen Renzel und die Viererkoalition ohne Not Familien mit schmalen Einkommen knapp oberhalb von Hartz 4 weiter belasten. Im Gegenzug dürfen sich höhere Einkommen auf eine monatliche Entlastung von bis zu 17,- Euro freuen. Und Grüne immer mit dabei!

Mittagsverpflegung: 'n Appel und 'n Ei?

Kein Personal für Prüfung

Eine Begründung für diesen unglaublichen Vorschlag liest sich wie ein Stück aus dem asozial-neoliberalen Tollhaus. In der Vorlage heißt es nämlich: „Die bisherigen Erhebung gestaffelter Entgelte für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung in den städt. Kindertageseinrichtungen ist auch mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand [Personalstellen, a.d.R.] im Bereich des Jugendamtes verbunden."

Heißt im Klartext: Die Viererstruppe im Rat beschließt erst vor wenigen Monaten abenteuerliche Personalkürzungen („1.000-Stellen-Beschluss"), um dann mitzuteilen, dass zu wenig Personal vorhanden ist, um eine gerechte und sozial ausgewogenen Regelung umzusetzen. Noch Fragen? Mit ähnlicher Begründung könnte der Bund das System der Steuerprogression abschaffen und durch eine Kopfsteuer ersetzen. Und Grüne immer mit dabei!

100.000 Euro Verlust

Getoppt wird das ganze nur noch durch die Tatsache, dass die Stadt zudem auf Einnahmen von 100 Tausend Euro verzichtet, welche an anderer Stelle der Kinder- und Jugendhilfe sicher dringend gebraucht würden.

Bei der ersten Beratung dieser Vorlage im Jugendhilfeausschuss (JHA) am 14. Juni erklärten sowohl Dezernent Renzel als auch Ratsfrau Müller-Hechfellner (Grüne) sowie Jörg Uhlenbruch (CDU), dass sie keinerlei Problem mit der Abschaffung der Sozialstaffelung hätten.

Wenn es dabei bleibt, wird die bürgerliche Viererkoalition aus CDU/GRÜNEN/FDP/EBB diese Beschlussvorlage mit ihrer Mehrheit in der kommenden Ratssitzung am 12. Juli durchpeitschen. Auf Kosten von Familien mit geringen und durchschnittlichen Einkommen.

Und Grüne immer mit dabei....!

jah

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag": Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost Druck-GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen", Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax : 0201-8602906, Email: essener-morgen@dielinke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 24.09.2011.

Messe erweitern – wohin?

von Dieter Stodiek

Anfang dieses Jahres offenbarte die Messe-Geschäftsführung, dass die Zukunft des Messestandortes auf der Kippe stehe: Für Investitionen in eine „Ertüchtigung“ seien Investitionen in Höhe von 100 Mio. Euro sowie jährliche Zuschüsse der Stadt in Höhe von 10 bis 15 Mio. Euro notwendig. Hauptproblem seien die unattraktiven Doppelstockhallen, die abgerissen werden sollen. Um die Ausstellungsfläche beizubehalten, müsse die Messe in den Grugapark hinein erweitert werden.

Dieter Stodiek war von 2002 bis 2008 stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Messe Essen

Klar ist: Die Entwicklungen in der Messe- und Kongressbranche unterliegen schnelleren Veränderungen (hinsichtlich innovativer Präsentationsformen von Waren usw.), als herkömmliche „Grabpflege“ - und selbst die gibt es bekanntlich nicht für „noppes“. Auch die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung der Messe Essen GmbH für die Stadt Essen und die NRW-Region ist unbestritten.

Es bleibt festzuhalten, dass die derzeitige Situation durch fiskalisches Fehlverhalten in den zurückliegenden Jahren (Cross-Border-Leasing; fehlende Investitionen und Rücklagen, kein Ausgleich der Verluste) verursacht wurde. Die Folgen waren der Politik und dem Gesellschafter (Stadt Essen) transparent und bekannt. Der Wirtschaftsplan der Messe Essen GmbH war und ist keine Geheimniskrämerei.

Als Eigentümer bzw. Betreiber ist erste Aufgabe eines jeden Messeveranstalters die Ertüchtigung als „Bestandssicherung“. Sie gilt sowohl dem baulich-technischen Sektor mit den logistischen Rahmenbedingungen, als auch dem Veranstaltungsprogramm. Allein ein „Mehr“ als Netto-Hallenfläche bringt’s nicht.

Eine Aufwertung der Gruga – durch Abriss bzw. Erneuerung der Doppelstockhallen 8/9 – wäre zum beiderseitigen Vorteil. Die Zusammenarbeit Messe / Gruga ist hierfür nicht nur sinnvoll, sondern notwendig und bringt den Parkbesuchern sicherlich eine „ansehnlichere“ Fassade – vielleicht als Spiegelbild des Parks – als die derzeitige „graue Betonwand“.

Allerdings entspricht die derzeit diskutierte „Klapp-Variante“ teilweise nicht Anforderungen im logistischen Bereich und Erfordernissen für die Aussteller. In Teilen könnten die Ideen Berücksichtigung finden – unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Lösungsmöglichkeiten gibt es – wenn man will. Kooperationen (mit anderen Messegesellschaften in NRW) wären gut, gedachte Fusionen (siehe Düsseldorf) sind Illusionen.

Die jetzt anstehenden Diskussionen über die einzelnen Varianten geben hoffentlich Klarheit für die Richtung und Zielsetzung – perspektivisch und finanziell für die Messe Essen GmbH, die Gruga, die Stadt Essen und die Region NRW.

Wirtschaftsmotor oder Fass ohne Boden?

Entwicklung der Messe Essen in zukunftsfähige Wirtschaftsförderung einbinden

von Gabriele Giesecke

Völlig inakzeptabel war für DIE LINKE von Anfang an das Vorgehen der Messegeschäftsführung. Im Februar wollte sie auf der Grundlage eines nicht mal schriftlich vorliegenden Gutachtens von Roland Berger eine Zusage des Aufsichtsrates und des Rates für Investitionen von insgesamt 200 Mio. Euro in die Erweiterung der Messe. Mit dieser Überrumpelungsstrategie scheiterte sie dann auch im Rat der Stadt.

Im März sprachen sich zwar bis auf die LINKE Fraktion alle anderen Fraktionen für den grundsätzlichen Erhalt der Messe Essen aus, allerdings wurde – wie von der LINKEN Fraktion gefordert – zunächst ein weiteres Gutachten zur Zukunft der Messe in Auftrag gegeben. Im November 2011 soll dann eine entgültige Entscheidung im Rat fallen.

Die Tragweite der dem Rat der Stadt abverlangten Entscheidung ist angesichts des Stellenwertes der Messe für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Essen deutlich: Im Falle einer Schließung fielen bei der Messe selbst allein rund 200 Arbeitsplätze weg. Außerdem hängen nach einer Ifo-Studie rund 3.500 Arbeitsplätze in Essen und rund 6.000 Arbeitsplätze in NRW von den Aktivitäten der Messe ab.

Das Steueraufkommen aus der Messetätigkeit beträgt geschätzt 127,3 Mio. Euro, davon entfallen 3,4 Mio. Euro auf die Stadt Essen. Eine Abwicklung der Messe würde die Stadtkasse mit mindestens 200 Mio. Euro belasten – die Kosten für den Ausstieg aus dem unsäglichen Cross-Border-Leasing-Geschäft von 70 Mio. Euro noch nicht gerechnet.

Deutschlandweit rechnen Experten mit der Schließung der Hälfte aller Messen. Ohne öffentliche Zuschüsse ist in diesem

Gabriele Giesecke ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und vertritt DIE LINKE Ratsfraktion im Messeaufsichtsrat

Verdrängungswettbewerb keine Messegesellschaft überlebensfähig. Die Frage ist also, ob die Messe Essen mit dem von der Geschäftsführung vorgeschlagenen Schwerpunkt der Messetätigkeit in „Nischenbereichen“ erfolgreich sein kann. DIE LINKE Ratsfraktion erwartet, dass das neue Gutachten dazu belastbare Aussagen macht.

DIE LINKE stellte auch im Aufsichtsrat der Messe klar, dass die Messe Unterstützung von der Stadt nur erhalten sollte, wenn sie nicht ein Fass ohne Boden ist, sondern einen (messbaren) Nutzen für die Essener Bürgerinnen und Bürger hat.

„Angemessene“ Unterkunftskosten für Hartz 4-Bezieher – ein Dauerthema?!

Von Gabriele Junker

Leistungsbezieher nach dem SGB II und XII haben Anspruch auf Übernahme ihrer tatsächlichen Aufwendungen für die Wohnung – so sie „angemessen“ sind. Die Ermittlung der angemessenen Wohnkosten (Miete, Neben- und Heizkosten) beschäftigt nicht nur die Beziher, sondern auch die Behörden und Sozialgerichte mit anhaltender Intensität.

Dies nimmt nicht Wunder, denn die Beantwortung der Frage hat nicht nur Auswirkungen auf die Höhe der monatlichen Leistungen, sie ist auch erheblich für weitere Ansprüche. Nimmt ein Leistungsbezieher einen von der Behörde als notwendig anerkannten Umzug vor oder hat er gar einen behördlich veranlassten Umzug vorzunehmen (etwa weil seine Wohnkosten bereits bei Antragstellung unangemessen teuer waren), entstehen mit dem Umzug verbundene Kosten. Kosten eines Umzugsfahrzeuges oder Umzugsunternehmens, die Mietkaution für eine neue Wohnung, Ummeldekosten für Telefon und bei Behörden etc. können von der Behörde übernommen werden. Voraussetzung hierfür ist aber unbedingt (neben rechtzeitiger Antragstellung), die „Angemessenheit“ der neuen Miete.

Kostenübernahme bei Umzug

Weiterhin unterschiedlich behandeln die Leistungsträger die Frage, ob bei der Feststellung der angemessenen Wohnkosten allein die Grundmiete zählt oder ob bei einem Umzug alle Aufwendungen der alten und der neuen Wohnung gegenüberzustellen sind – ein so genannter Mehrkostenvergleich.
Zahlreiche weitere Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Ermittlung der individuell angemessenen Wohnkosten bei Sozialleistungsbezug hat das Bundessozialgericht (BSG) mittlerweile beantwortet. So die Frage, unter welchen Voraussetzungen dem Hilfebezieher ein Wohnungswechsel zur Senkung der Unterkunftskosten zumutbar ist und ob er z.B. dabei ggf. auch sein bisheriges Wohnumfeld verlassen muss.

Gabriele Junker ist Rechtsanwältin in Essen

Das Bundessozialgericht hat auch entschieden, dass z.B. für die Ermittlung der angemessenen Wohnkosten in Essen mit dem Essener Mietspiegel ein „schlüssiges Konzept zur Feststellung der angemessenen Wohnkosten“ vorliegt und dass jeweils die landesrechtlichen Bestimmungen der Wohnraumförderung heranzuziehen sind.
Bis zum 31.12.09 haben sich die angemessenen Wohnkosten nach den Bestimmungen des WoFG gerichtet. Die Länder konnten mittels Richtlinien für den geförderten Wohnungsbau die Anerkennung von bestimmten Grenzen für Wohnungsgrößen nach den Grundsätzen der Angemessenheit regeln. Durch das Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zur Steigerung der Fördermöglichkeiten der NRW.Bank und zur Änderung anderer Gesetze wurde das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land NRW (WFNG-NRW) vom 08.12.09 beschlossen.
Dieses Gesetz ersetzt in NRW geltendes Bundesrecht (Wohnraumförderungsgesetz, Wohnungsbindungsgesetz) und integriert die Regelungen des außer Kraft tretenden Wohnraumnutzungsförderungsgesetzes sowie die bisher im Wohnungsgesetz geregelte Wohnungsaufsicht.
Die Wohnraumnutzungsbestimmungen (WNB) v. 12.01.09 wurden zum Vollzug der Teile 4 und 6 des WFNG NRW erlassen. Danach sind ab 01.01.10 in untenstehender Tabelle aufgeführte Wohnungsgrößen anzusetzen.
In NRW werden von der Kommune nur 25 qm als angemessene Unterkunftskosten für alleinstehende ALG II-BezieherInnen zugrunde gelegt. Die Rechtsprechung ging nach der vom BSG entwickelten Produkttheorie von bis zu 45 qm als angemessenen Wohnraum für eine Person aus. Diese Rechtsprechung wurde bislang vom 9. Senat des Landessozialgerichts (LSG) NRW gedeckt. Mit Datum vom 16.05.2011 hat nun der 19. Senat des LSG NRW entschieden, dass für eine alleinstehende Person im ALG II - Bezug nicht wie bislang nur 45 qm, sondern 50 qm Wohnfläche als angemessen zu berücksichtigen sind. Der 19. Senat hält es für nicht nachvollziehbar, an einer abgelösten und nicht mehr wirksamen Vorschrift festzuhalten, obgleich eine Nachfolgeregelung in Kraft getreten ist (vgl. auch Bundessozialgericht vom 22.09.2009 - B 4 AS 70/08). Er stellt sich gegen die bisherige Entscheidung des 9. Senats (LSG NRW vom 16.05.2011 - 19 AS 2202/10). Der Urteilstext liegt noch nicht vor. Gleiche Tenorierung just grade SG Duisburg v. 22.02.2011, - S 17 AS 1907/10.

Personenzahl	Wohnungsgröße
1	50 qm
2	65 qm
3	80 qm
4	95 qm
5	110 qm
6	125 qm

Umsetzung noch offen

Es bleibt abzuwarten, ob die Rechtsprechung angesichts größerer anzuerkennender Wohnflächen auch höhere Wohnkosten anerkennen wird. Auf jeden Fall sollten Leistungsbezieher, deren Miete nicht in voller, tatsächlicher Höhe übernommen wird, eine Offene Hartz-4-Beratung aufsuchen und diesen Sachverhalt überprüfen lassen.

Offene Hartz 4-Beratungen

jeden Montag, 9.00 – 11.00 Uhr
Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstraße 22b (Eingang über Martin-Luther-Straße), West

jeden Dienstag, 10.00 – 12.00 Uhr
Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, Altenessen

jeden Donnerstag, 9.00 – 12.00 Uhr
Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, Katernberg

jeden Donnerstag, 16.00 – 18.00 Uhr
Büro DIE LINKE., Severinstraße 1, Innenstadt

jeden Freitag, 9.00 – 11.00 Uhr
Sozialpädagogische Familienhilfe (SoFa), Rechtstraße 7-9 (Fußgängerzone), Borbeck

jeden Mittwoch 15–17 Uhr Büro DIE LINKE. Gelsenkirchen, Bismarckstraße 65

jeden zweiten Montag (11. Juli, 25. Juli, usw.) findet in der Geschäftsstelle der LINKEN (Severinstr. 1) von 10 bis 13 Uhr ein Erwerbslosenfrühstück statt.
Interessierte sind herzlich eingeladen.

Warum wir eine BAG Hartz 4 brauchen

Von Susanne Kreuzer

Obwohl wir in einem der reichsten Länder der Erde wohnen, erleben wir einen dramatischen Anstieg von Armut per Gesetz. Pro Kopf werden mehr als 24.000 Euro erwirtschaftet. Das sind ca. 2.000 Euro je Monat je Person - Kinder, Studenten, Rentner, Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger eingeschlossen. De facto ist genug für alle da.

Was also ist der Grund, warum wir uns unsere Rentner und Erwerbslosen nicht mehr leisten können? Warum diese künstliche Knappheit an Arbeit, von der Mensch nicht menschenwürdig leben kann? Warum werden Kinder im Hartz 4-Haushalt im Schulsystem benachteiligt und Erwachsenen die Teilhabe am kulturellen Leben verwehrt? Jeder, der Hartz 4 bezieht, kommt unter Generalverdacht, faul und dumm zu sein. Hartz 4 wirkt sich auf die Löhne aus, auf das Rentensystem, auf die Sozialstrukturen. Hartz 4 macht Angst.

Protest vor dem Sitz des Bundesrates in Berlin

Nach wie vor gilt: Hartz 4 geht uns alle an.

Seit 2 Jahren arbeitet die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Hartz 4 zur Vertretung der Interessen der Erwerbslosen und der prekär Beschäftigten. Die BAG Hartz 4 hat in den ersten beiden Jahren ihrer Existenz ihre Mitgliedschaft verdoppelt können.
Die positive Resonanz zeigt, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Anfang April hat die Mitgliedschaft den SprecherInnenRat neu gewählt. Aus dem bisherigen SprecherInnenRat wurden alle, die sich der Wiederwahl gestellt hatten, mit großer Mehrheit bestätigt, ergänzt um neue Mitstreiter. Aus NRW neu dabei sind Karina Ossendorff, (Mitglied im Landesvorstand) und Don-David Schäfer aus Köln. Auch ich habe mich über das große Vertrauen bei meiner Wiederwahl zur Bundeskoordinatorin (82,5%) sehr gefreut.

Mehr Infos unter: http://www.die-linke.de/partei/zusammenschluesse/baghartziv/

Susanne Kreuzer ist Bundeskoordinatorin der BAG Hartz 4.

Niedrig-Tarife als Dauerzustand?

Bürger-Bündnis schiebt Entscheidung zum „Konsens Stadt Essen“

Von Wolfgang Freye

Eigentlich sollte es bei der Ratssitzung am 25.5. 2011 endlich verabschiedet werden: Das von der Gewerkschaft ver.di und der Verwaltung erarbeitete Papier „Konsens Stadt Essen“. Es knüpft an dem Mitte der 90er Jahre vereinbarten „Bündnis für Arbeit“ an, liegt rund ein Jahr vor und war bereits zweimal „geschoben“ worden. Obwohl es im zuständigen Ausschuss von keiner Fraktion Änderungsanträge gab, legten CDU, Grüne, FDP und EBB unmittelbar vor der Ratssitzung überraschend einen Antrag vor, durch den eine Entscheidung erneut vertagt wurde. Dieser Antrag wurde von der Fraktion DIE LINKE und der SPD zwar heftig kritisiert. Das Bürger-Bündnis zog jedoch durch und ließ ver.di, den Personalrat und die Beschäftigten im sprichwörtlichen Regen stehen.

Sozial abgesicherter Verwaltungsumbau ...

Worum geht es in dem Papier? Es ist eigentlich ein Angebot der Gewerkschaft und der Belegschaftsvertretungen bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften, die anstehenden Umstrukturierungs- und Personalabbau-Prozesse mitzutragen. „Die sich ändernde Bevölkerungsstruktur durch eine alternde Bevölkerung verlangt ein sich änderndes öffentliches Dienstleistungsangebot,“ heißt es gleich zu Beginn des Papiers. Verwiesen wird außer dem auf die „katastrophale Haushaltslage“ der Stadt. Als Antwort darauf soll Verfahren zur „Aufgabenkritik“, dass zum Verwaltungsumbau und auch zu weiteren drastischen Einschnitten führen kann.

Dieses Angebot geht manchem auch in ver.di eher zu weit. Allerdings würde das Papier vor allem vier für die Beschäftigten sehr wichtige Bedingungen für die gewerkschaftliche Mitwirkung festschreiben, weswegen DIE LINKE es mitträgt:

- die Privatisierung von Aufgabenbereichen und Betriebsteilen in städtischen Unternehmen wird „grundsätzlich“ ausgeschlossen, die Rekommunalisierung ausgelagerter Aufgagen soll geprüft werden;
- die in etlichen städtischen Gesellschaften eingeführten zweiten Tariflinien mit Niedrig-Tarifen sind „sukzessive auf ein einheitliches Niveau unter Berücksichtigung der in NRW angewandten Flächen- und Spartentarifverträge des öffentlichen Dienstes anzupassen“, sofern dadurch nicht die Überlebensfähigkeit der Betriebe gefährdet wird,

Wolfgang Freye ist Ratsherr der LINKEN in Essen

- die Mitbestimmungsrechte sollen ausgebaut werden,
- schließlich werden „betriebsbedingte Kündigungen gegenwärtig und für die Zukunft ausgeschlossen“, und zwar sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die städtischen Beteiligungsgesellschaften.

Gleichzeitig soll vereinbart werden, dass die kommunale Beschäftigungsförderung verstärkt wird, die Stadt ein „weit reichendes Angebot an Ausbildungsplätzen“ vorhält, Leiharbeit in einer Vereinbarung eng begrenzt werden soll und Qualifizierung, Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt werden sollen.

... gegen Entlassungsdruck und Niedrig-Tarife

Statt das Papier zu unterstützen, was DIE LINKE und die SPD taten, beauftragte das Vierer-Bündnis mit seiner knappen Mehrheit die Verwaltung erneut damit, Verhandlungen mit ver.di zu führen und das „Verhandlungsergebnis dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorzulegen“. Man könnte diesen Beschluss als Schildbürgerstreich abtun, wenn er nicht so traurig wäre. Schließlich ist das Papier das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen ver.di und der Stadtspitze.

Dabei waren die Gründe für diese Positionierung bei den Parteien des Bürger-Bündnisses genauso unterschiedlich, wie dieser bunte Haufen zusammengesetzt ist: Die FDP erklärte sehr eindeutig, dass sie mehr Mitbestimmung und das Ziel einer Abschaffung der zweiten Niedrig-Lohn-Tarifllinie ablehnt. Bündnis 90/Grüne wollten eine stärkere Gewichtung des Papiers auf Gleichstellung und familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Das in der gleichen Ratssitzung ein umfangreiches, mit der Gleichstellungsstelle der Stadt abgestimmtes Konzept zu mehr Familienfreundlichkeit für die Beschäftigten vorlag, focht das Bürger-Bündnis dabei nicht an.

Es ist sicherlich keine Unterstellung, wenn man dem Bürger-Bündnis vorwirft, auch mit dem Entlassungsdruck gegenüber den Beschäftigten zu „spielen“. Faktisch tun CDU, Grüne, FDP und EBB genau das, wenn die Truppe ein Papier ablehnt, das betriebsbedingte Kündigungen ablehnt. Und auch das Beharren auf einer zweiten Tariflinie zeigt, dass das Bürger-Bündnis die Konfrontation mit den Beschäftigten sucht. Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE hat ergeben, dass 29 % der 8.285 Beschäftigten der städtischen Beteiligungsgesellschaften vom Flächentarif abgekoppelt sind und unter tarifliche Sonderregelungen fallen – für viele ein existentielles Problem.

Die Gewerkschaft ver.di hat in einem Brief inzwischen mitgeteilt, dass sie erwartet, dass das Papier in der nächsten Ratssitzung verabschiedet wird. Anderenfalls will sie das Angebot zum Abschluss der nach ihrer Aussage bundesweit einmaligen Vereinbarung zurücknehmen und versuchen, bestimmte Regelungen wie den Kündigungsausschluss tariflich zu regeln – d.h. gegebenenfalls auch mit Arbeitskampfmaßnahmen.

Brief von ver.di Essen, 10. Juni 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, (...)

mit dem „Konsens Stadt Essen“ hatte ver.di Essen den Versuch unternommen, der Stadt Essen ein Angebot zu unterbreiten, um den „Konzern“ Stadt Essen zukunftsfähig zu machen und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu gewährleisten.

Um dieses bundesweit einmalige Projekt einer möglichst breiten Zustimmung zuzuführen, ist der Inhalt des Papiers mit allen politischen Kräften mehr als ein Jahr lang diskutiert worden. (...) Prekäre, tariflose und mitbestimmungsfreie Beschäftigung haben bei der Stadt Essen und deren Konzerntöchtern nichts zu suchen. Alle Konzernbeschäftigten haben einen Anspruch auf die gleichen, fairen Arbeitsbedingungen. Der nun vorliegende Kompromiss gewährleistet diese Bedingungen.

(...) Diese nunmehr im „Konsens Stadt Essen“ enthaltenen Regelungspunkte stellen für ver.di die Mindestanforderungen (...) dar.

Den Lippenbekenntnissen einiger Fraktionen zu diesen Kernpunkten hätten längst Taten folgen müssen. Tatsächlich aber verbergen sich Teile der kommunalen Politik hinter vorgeschobenen redaktionellen Anpassungsforderungen und kaum verhohlenem parteipolitischem Kalkül.

Ver.di kann den Beschäftigten nicht zumuten, Spielball politischer Eitelkeiten zu sein.

Sollte sich der Rat der Stadt Essen in der Juli-Sitzung noch dazu entscheiden, dem heutigen Text zum Konsens Stadt Essen ohne Einschränkungen zu folgen, wird ver.di sofort mit den darin vereinbarten Verhandlungen beginnen.

(...) Tritt der Rat der Stadt Essen dem vorliegenden Papier nicht bei, wird ver.di das Angebot zum Abschluss der bundesweit einmaligen Vereinbarung „Konsens Stadt Essen“ zurücknehmen.

Aus der Arbeit im Bundestag:

Wohnen ist Menschenrecht

Auf Nachfrage von Ulla Lötzer hat die Bundesregierung bestätigt, dass die Satzung der RAG-Stiftung keinen Zwang zur Privatisierung der Wohnungsbestände enthält. Die Mieterinnen und Mieter müssen vor dem Zugriff der Heuschrecken und ihrer finanzmarktgetriebenen Renditeerwartungen geschützt werden. „Der Lackmustest dafür ist eine unternehmensrechtliche Abspaltung der Immobilientochter der Evonik vor dem Börsengang. Dafür müssen sich die Vertreter der Landesregierung und des Bundes im Kuratorium der RAG jetzt einsetzen“, fordert deshalb Ulla Lötzer in einer gemeinsam mit der wohnungspolitischen Sprecherin der LINKEN im Landtag, Özlem Demirel, verfassten Pressemitteilung.

Gerechte Rohstoffpolitik

Grundlegende Alternativen zur „nationalen Rohstoffstrategie“ der Bundesregierung, die sich allein an Forderungen des BDI nach möglichst billigen Rohstoffen orientiert, fordert DIE LINKE im Bundestag ein. Die Eckpunkte sind die Verringerung des Rohstoffverbrauchs durch effizientere Verfahren, die Eindämmung der Spekulation auf Rohstoffpreise und die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards in den rohstoffexportierenden Ländern. Mit der Beteiligung von Menschrechts,- Umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen sollen faire Handelsbedingungen entwickelt werden, die rohstoffexportierenden Länder des Südens eine selbstbestimmte soziale und wirtschaftliche Entwicklung möglich machen. Nur so können die Ursachen für Kriege und Bürgerkriege um den Zugang zu Rohstoffen überwunden werden.

Hartz 4:

Sanktionen contra Menschenwürde

Sanktionen und Leistungskürzungen bei ALG II-BezieherInnen verletzen die Menschenwürde, so das wesentliche Ergebnis der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales Anfang Juni im Bundestag. DIE LINKE setzt sich für ein Sanktionsmoratorium ein, denn der massive Druck schürt Angst und verschärft das Lohndumping. Unterstützung fand diese Forderung bei Gewerkschaften und Kirchen: Das Grundrecht auf Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums sei durch die aktuelle Regelung verletzt, formulierte der DGB seine Kritik, auch die Diakonie sieht die Würde des Menschen durch einschüchternde Sanktionen beeinträchtigt. An diesen Kriterien wird sich im kommenden Jahr auch die Optionskommune Essen messen lassen müssen.

Fraktion vor Ort:

Tatort Niedriglohn

Den Fall lösen – Mindestlohn einführen

Gemeinsam mit Bundestags- und Landtagsfraktion der LINKEN lädt die Essener Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer zu einer regionalen Konferenz für den gesetzlichen Mindestlohn am Samstag, den 16. Juli nach Gelsenkirchen ein.

Rund ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet in Deutschland mittlerweile im Niedriglohnsektor – Tendenz steigend. In 20 von 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn.
Doch was in anderen Ländern selbstverständlich ist, verweigern Merkel und Rösler den Beschäftigten in Deutschland, nämlich wirksamen Schutz vor flächendeckendem Lohndumping.
Mit KollegInnen aus dem Niedriglohnsektor, Betriebsräten und GewerkschafterInnen wollen die Abgeordneten der LINKEN gemeinsam beraten, welches die nächsten Schritte zur Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns sein können.

Besonders Frauen sind von prekärer Beschäftigung und Niedriglohn betroffen: So waren nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung schon Ende 2009 mit 70.977 Frauen mehr als die Hälfte der 138.975 in Essen beschäftigten Frauen von atypischer Beschäftigung betroffen, ein gutes Viertel davon, nämlich 26,9 %, in Mini-Jobs.

Konsequent und beharrlich hat sich DIE LINKE im Bundestag für einen gesetzlichen Mindestlohn, für das Ende des staatlichen geförderten Lohndumpings durch die Ausweitung von Billigjobs und Leiharbeit und die Stärkung der Tarifautonomie eingesetzt.

Seit dem 1. Mai 2011 ist die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Europäischen Union in Kraft. DIE LINKE ist dafür, denn offene Grenzen sind Bestandteil eines sozialen und solidarischen Europa. Wir sind aber gegen die Freizügigkeit für Konzerne, Menschen aus verschiedenen Ländern in Lohndumpingkonkurrenz zu treiben. Deshalb steht auch eine erste Bilanz, wie sich seitdem die Lage im Niedriglohnsektor verändert hat, auf der Tagesordnung der Konferenz.

Mit einem gesetzlichen Mindestlohn, gleichem Lohn in der Leiharbeit von der ersten Stunde an und für Männer und Frauen muss die Politik endlich Rahmenbedingungen schaffen, die existenzsichernde Arbeit für alle wieder möglich machen!

Tatort Niedriglohn

Was tun gegen Lohndrückerei und prekäre Beschäftigung?

Konferenz mit Gewerkschaften und Betroffenen

IG Metall-Haus, Augustastraße 18,
45879 Gelsenkirchen,
Samstag, 16. Juli, 11.00 bis 17.00 Uhr

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

Ulla Lötzer bei der Essener Demonstration für den Atomausstieg von ‚Ausgestrahlt‘ am 28.5.2011

Atomausstieg:

Auch Brennelementefabrik in Gronau muss schließen !

Vollständig ist der Atomausstieg erst, wenn auch die Brennelementfabrik von Urenco in Gronau geschlossen wird.
„Der Atomausstieg muss im Grundgesetz verankert werden, damit er unumkehrbar wird,“ fordert Ulla Lötzer gemeinsam mit der Bundestagsfraktion DIE LINKE: „Dazu gehört auch, dass die Produktion von Brennstäben für den Export im münsterländischen Gronau unverzüglich beendet wird.“
Doch konkrete Pläne dafür haben weder rot-grün in NRW noch schwarz-gelb im Bund vorgelegt. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Proteste vor Ort und setzt sich für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der Region ein.

Zahlen und Fakten zum Mindestlohn

Dass Mindestlöhne Arbeitsplätze kosten, ist längst widerlegt: Ihre Einführung und Erhöhung hat weder in Frankreich noch in England oder den USA zum Abbau von Arbeitsplätzen geführt.
Doch 2009 haben bundesweit 22,3 % der Vollzeitbeschäftigten für einen Niedriglohn von weniger als 9,85 Euro gearbeitet. 358.000 von ihnen mussten nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit Ende 2010 ihre kargen Löhne mit Hartz 4 aufstocken. Zudem sind die Niedriglöhne von heute die Altersarmut von morgen: Um nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente zu bekommen, die über der Grundsicherung von 663 Euro liegt, ist ein Stundenlohn von 9,46 Euro nötig.
Experten der Prognos AG haben in einer von der Friedrich- Ebert- Stiftung in Auftrag gegebenen Studie ausgerechnet, wie sich Mindestlöhne auf die öffentlichen Kassen auswirken:
Das Ergebnis: Ein Mindestlohn von 10 Euro, wie ihn DIE LINKE fordert, entlastet die öffentliche Hand um 12,8 Milliarden.
Zahlen und Fakten:
- Das Einkommen von 7,7 Millionen Menschen erhöht sich um insgesamt 26,4 Milliarden Euro
- Der Staat nimmt 5,3 Milliarden mehr an Einkommenssteuer ein
- Auch die Sozialversicherungen nehmen knapp 5 Milliarden mehr ein
- Beim Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld etc. spart der Staat 2,8 Milliarden im Jahr
- Die Einnahmen aus indirekten Steuern wie z.B. Mehrwertsteuer steigen um etwa 1,5 Milliarden

Quelle: „Fiskalische Effekte eines gesetzlichen Mindestlohns, Friedrich- Ebert- Stiftung, WISO Diskurs Mai 2011

Dossier: Griechenland-Krise

Demokratie abschaffen?

Es regiert „AAA“ oder „CCC“

Von Claudia Jetter

In Griechenland wurde vor rund 2500 Jahren die Demokratie, also die Herrschaft des Volkes (gr. demos = Volk, gr. -kratie = Herrschaft), geboren und gilt bis heute als die gerechteste aller (realisierten) Regierungsformen. Wird sie jetzt genau dort durch die Herrschaft der Rating-Agenturen und Finanzjongleure wieder abgeschafft?

„Die Verfassung, die wir haben [...] heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“ So definierte der griechische Staatsmann Perikles (ca. 500-429 v.Chr.) die Demokratie im Athen seiner Zeit.

Claudia Jetter ist LINKE Ratsfrau und Attac-Aktivistin

Die Griechen haben eben jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. So oder so ähnlich nehmen viele Menschen Stellung zur Finanzkrise in Griechenland. Stimmt das denn? Nun ja, bei einer Verschuldung von über 150 % des BIP (dies entspräche bei einem Privatmenschen dem eineinhalbfachen seines Jahreseinkommens) und einem Schuldenvolumen von rund 350 Mrd. € scheint etwas dran zu sein. Bei genauerer Betrachtung stellt man aber fest, dass es so nicht ist.

Wer lebt denn „über seine Verhältnisse“?

Auch Japan hat eine Schuldenquote von 200 % gegenüber seiner Wirtschaftsleistung, die Schuldenquote kann daher nicht die einzige Erklärung sein. Richtig ist zwar, dass Korruption und Steuerhinterziehung in Griechenland ein Problem sind und etwa 20 Mrd. € Mindereinnahmen (Rosa Luxemburg Stiftung 2011: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“) ausmachen. Nicht richtig ist allerdings die oft gehörte Behauptung, die Griechen hätten Luxusrenten. Zwei Drittel der griechischen Rentner müssen mit weniger als € 600,00 im Monat auskommen, sie beträgt im Übrigen nur 55 % der Durchschnittrente im Euro-Raum. Die Griechen gehen auch nicht eher in Rente als die Deutschen: In Griechenland gehen Männer im Durchschnitt mit 61,9 Jahren in Rente, in Deutschland mit 61,8 Jahren (ebd.). Was allerdings stimmt ist, dass sich Griechenland in der Vergangenheit Geld leihen musste und zwar viel Geld und dieses auch großzügig erhalten hat; zum Beispiel für den Einkauf deutscher Kriegsschiffe (NTV, 15.03.2010).

Denn wer könnte schon jahrelang „über seine Verhältnisse“ leben, wenn er nicht irgendwoher Geld bekommt? Wenn ein Privatmensch in Geldnot ist, leiht er sich bei Verwandten, Freunden oder Bekannten Geld oder einer Bank und muss zumindest für letzteres Zinsen bezahlen und eine monatliche Rückzahlung. Denn, die Geldgeber wollen natürlich ihr Geld zurück und im Falle der Bank auch daran verdienen.

Genauso läuft das auch bei Staaten oder Kommunen. Allerdings haben diese zwei Möglichkeiten: Sie können um einen Kredit nachfragen oder sie geben eine Anleihe heraus, so wie im letzten Jahr die Stadt Essen eine Kommunalanleihe in Höhe von 200 Mio. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren ausgegeben hat. Kauft man diese, leiht man damit der Stadt Essen Geld, erhält dafür jährlich Zinsen und am Ende der Laufzeit sein eingesetztes Kapital zurück.

Und jetzt wieder zu Griechenland: Auch Griechenland hat sich ab 2004 durch Staatsanleihen in einer Höhe von mittlerweile insgesamt 200 Mrd.€ Geld geliehen. Geholfen hat dabei die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs, die allerdings – einem Bericht des Handelsblattes vom 18.02.2010 zufolge – zunächst verschwieg, dass es um Griechenlands Finanzen nicht zum Besten steht. Noch im Januar 2010 erfreute sich eine neue Ausgabe von griechischen Staatsanleihen in Höhe von 8 Mrd. € einer enormen Nachfrage, denn die Anleihe wurde mit 6,2 % (!) verzinst.

Die Zinsen für deutsche Staatsanleihen sind gering, da die Rückzahlungsfähigkeit von den Rating-Agenturen mit AAA sehr hoch eingeschätzt wird. (Bundesanleihen aktuell: Rendite ca. 2,5 %, Quelle: Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH 2011)

Nun sind Staatsanleihen in aller Regel sichere Anlagen, zumindest im Euro-Raum. Das einzige Risiko besteht darin, dass ein Staat Insolvenz anmelden muss, denn dann entfallen alle Zins- und Kapitalzahlungen. So etwas ist in der EU allerdings noch nie passiert und in den EU-Regularien auch gar nicht vorgesehen. Trotzdem gilt für alle Staatsanleihen: Je größer das Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit des ausgebenden Staates, umso geringer sind die Zinsen, die man für das verliehene Kapital erhält.

Dementsprechend gilt natürlich auch: je geringer das Vertrauen in die rechtzeitige und vollständige Rückzahlung der Staatsanleihe, umso höher sind die Zinsforderungen derer, die das Geld verleihen. Genauso verhielt es sich in Griechenland: Mit Bekanntwerden des griechischen Haushaltsdefizites erhöhten sich die Zinsen für die griechischen Staatsanleihen. Sie sind mittlerweile mindestens doppelt so hoch wie bei den deutschen Staatsanleihen, allerdings ist das Risiko auch mehr als doppelt so hoch, oder?

Ratingagenturen sind in den USA ansässige, private und gewinnorientierte Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen sowie von Staaten bewerten. Dies geschieht mit Hilfe einer Buchstabenkombination, die in der Regel von AAA bzw. Aaa (beste Qualität) bis D (zahlungsunfähig) reicht.

Nun, wer jetzt glaubt, aufgrund der griechischen Staatsverschuldung (mittlerweile abgewertet auf CCC von den Rating-Agenturen) hätten Anleger aufgehört, ihr Geld in Griechenland zu investieren, der irrt. Ganz im Gegenteil: viele Anleger nutzen den guten Zinssatz und versprechen sich satte Gewinne. Warum? Weil alle darauf spekulierten, dass Griechenland nicht wirklich Pleite gehen wird, aber als unzuverlässig eingestuft wird und damit hohe Zinsen an die Anleger zahlen muss. Erst seit dem Frühjahr 2011 gibt es kaum noch Nachfrage nach Anleihen aus Grie-

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

Einführung

Es ist wieder soweit: Griechenland braucht neue Kredite, und in Europa streiten die Regierungen darüber, ob das nötig ist und wer das zahlen soll. In Deutschland herrscht vielfach die Meinung vor, Griechenland sei selbst schuld an seinem Elend: Erst habe sich das Land in die Euro-Zone gemogelt, dann habe die Regierung zu viel ausgegeben, die Regierten hätten zu wenig gearbeitet. Genährt werden solche latent nationalistischen Deutungsmuster von deutschen Politikern und den Medien, die entsprechende «Lösungen» der Krise vorschlagen: Die Griechen müssten mehr sparen, mehr arbeiten und ihr öffentliches Eigentum verkaufen – und wenn das alles nichts hilft, muss Griechenland eben raus aus der Euro-Zone bzw. bankrott machen. Das Dumme daran: Weder sind die genannten Ursachen der Krise zutreffend, noch die Auswege zielführend.

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise – ein Papier der Rosa Luxemburg Stiftung. Wir dokumentieren hier auszugsweise einige der interessantesten Punkte in den Infokästen. Das vollständige Papier gibt es zumDownload hier:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Broschur_Pleite-Griechen_2011.pdf

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

1. «Griechenland hat zu hohe Schulden»

Faktenlage: *Bedingt durch die Finanzkrise wuchsen Griechenlands Staatsschulden zwischen 2007 und Ende 2010 von 115% der Wirtschaftsleistung auf 143%. Diese so genannte Schuldenquote dürfte 2011 über 150% steigen. Zum Vergleich: Deutschlands Schuldenquote liegt bei etwa 85%.*

Einordnung: *Die hohe Schuldenquote allein begründet nicht Griechenlands Probleme. Bei der Schuldenquote gibt es nicht die «richtige» Höhe – weder in der Theorie noch in der Praxis. Italien kommt auf eine Schuldenquote von 120%, Japan sogar auf 200% seiner Wirtschaftsleistung. Beide gelten nicht als «pleite», Griechenland aber schon. Wieso? Weil die Finanzmärkte auf eine Pleite Griechenlands spekulieren. Dies hat die Zinsen für neue Schulden so hoch getrieben, dass Athen kein neues Geld mehr leihen kann. Zum Vergleich: Für zweijährige Staatsanleihen müsste Athen 25% Zinsen zahlen, Italien zahlt nur 3% und Japan gar nur 0,2% (Stand Ende Mai 2011).*

chenland, da längst nicht mehr klar ist, wie Griechenland die ganzen Schulden zurückzahlen soll.
Gekauft haben die Anleihen u.a. das NRW-Finanzministerium von den Rückstellungen aus den Beamtenpensionen, allerdings schon 2004 und 2005 (da wurde die Schummelei der Griechen gerade bekannt) in einer Höhe von 220 Mio. € und mit sage und schreibe rund 18 Mrd.(!) € die deutschen Banken. Allein die staatliche Förderbank KfW soll für rund 8 Mrd. € griechische Anleihen besitzen und die Bad Banks von Hypo Real Estate (HRE) und der WestLB sind mit 7,4 Mrd. € bzw. 1,1 Mrd. € dabei. Auch private Banken wie die Deutsche Bank und die Commerzbank oder Versicherungen wie die Allianz und Ergo sind in Griechenland engagiert (Handelsblatt vom 25.06.2011). ...und alle diese Anleger wollen ihre Einlagen gerne zurückhaben! Inklusive Zinsen, versteht sich!
Da nimmt sich der deutsche Anteil am ersten Hilfspaket für Griechenland aus 2010 mit rund 22 Mrd. € noch eher bescheiden aus. Dazu kommt, dass dieses Geld (die 22 Mrd. €) ja nicht aus dem deutschen Staatshaushalt genommen wird, sondern dieses Geld leiht sich die Bundesregierung für 2-3 % und verleiht es an Griechenland inkl. Zinsen (4,2 %) weiter. Als „Kreditvermittlerin“ macht die Bundesregierung dadurch noch ein gutes Geschäft für die deutschen SteuerzahlerInnen.
Wenn jetzt so getan wird, als hätte sich die Krise in Griechenland aktuell verschärft: Griechenland ist schon seit Mai 2010 zahlungsunfähig, das war ja der Grund für das europäische „Hilfspaket“ in Höhe von 110 Mrd. €. Dieses Geld wird aber nicht an die griechische Regierung ausbezahlt. Und erst recht nicht an griechische Rentner. Vielmehr geht ein guter Teil des Geldes dafür drauf, die fälligen Staatsanleihen zu bezahlen. Da Griechenland die fälligen Staatsanleihen nicht zurückzahlen und sich auch nur für horrende Zinsen Geld am Kapitalmarkt besorgen kann, springt dafür das europäische Hilfspaket ein. Wohlgemerkt, das Hilfspaket aus europäischen Steuergeldern!
Mittlerweile wird auch offen darüber spekuliert (Monitor, Sendung vom 16.06.2011), ob die immer wieder hinausgezögerte Entscheidung hinsichtlich des Umgangs mit den griechischen Schulden nicht einfach eine Hinhalte-Taktik war, um den Banken und Versicherungen, die griechische Staatsanleihen besaßen, die Gelegenheit zu bieten, diese noch rechtzeitig abzustoßen. Klar, man muss einen Dummen finden, der diese kauft und bezahlt.
Und den haben viele auch schon gefunden: nämlich den Steuerzahler! Der hat natürlich nicht direkt die griechischen Staatsanleihen gekauft, aber die Europäische Zentralbank (EZB). Sie kaufte rund zwei Drittel der griechischen Anleihen, die deutsche Banken in ihrem Besitz hatten und auch 4,8 Mrd. € der National Bank of Greece seit Mai 2010 auf (SPIEGEL 17.06.2011). Das bedeutet, die Banken haben damit auch ihr Risiko an die EZB verkauft und somit an den Steuerzahler weitergegeben.

Die Banken haben ihr Risiko an die EZB verkauft

Kommen wir zum Schluss wieder zu Demokratie, mit welcher der Artikel begonnen hat. Über die Verwendung des Staatshaushaltes bestimmt das Volk, indem es VolksvertreterInnen wählt und diese verantwortungsvoll und zum Wohle des Volkes damit umgehen. Wenn allerdings eine gewählte Regierung – und ich meine jetzt nicht die griechische, sondern die deutsche Bundesregierung und die EU – entscheidet, Finanzspekulanten und Banken zu schützen und nicht die Steuerzahler, kann man sich schon fragen, ob dies im Namen der Demokratie geschieht. Vor allem, wenn im Gegenzug dann noch die griechische Regierung gezwungen wird, ihr Tafelsilber zu verscherbeln, wodurch der griechische Staat langfristig auf sichere Einnahmen verzichten müsste. Aber das ist wieder eine andere Baustelle, die an anderer Stelle besprochen werden soll. Wie sagte schon Perikles: „Die Verfassung, die wir haben [...] heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“

Dossier: Griechenland-Krise

Wege aus der Krise

Positionspapier der Fraktion DIE LINKE im Bundestag (Auszüge) vom 7. Juni 2011

Alternativen der LINKEN

A) Schluss mit den Kürzungsprogrammen – Investitionsprogramm für die Krisenstaaten

Die sogenannten Anpassungsprogramme, zu denen sich die Hilfe suchenden Staaten im Gegenzug für die Kreditgewährung verpflichten müssen, treiben sie in Verarmung und Rezession. Die betroffenen Mitgliedstaaten werden gezwungen, eine brutale Kürzungspolitik durchzusetzen: Sozialabbau, Privatisierungen, Einschnitte im öffentlichen Dienst, Angriffe auf die Rechte von ArbeitnehmerInnen und die sozialen Grundrechte. Die Programme beschwören somit eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe in Europa herauf. (...)

Die Beschäftigten in den EU-Staaten dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Statt angeblichen „Rettungspaketen“ für überschuldete Staaten fordern wir eine deutliche Aufstockung der Hilfen für strukturschwache Regionen. Als Sofortmaßnahme zur Krisenbewältigung setzen wir uns für ein EU-weites Investitionsprogramm in Höhe von 2% des BIP der EU-Mitgliedstaaten ein, das insbesondere Hilfen zur Stärkung der Wirtschaft in den Krisenstaaten beinhaltet.

B) Die Finanzierung des Gemeinwesens auf neue Grundlage stellen

Die globale Finanzkrise sollte jedem vor Augen geführt haben, dass die Finanzmärkte oft massiven Fehleinschätzungen erliegen und mit ihren Launen genau das Gegenteil von Zuverlässigkeit und Planungssicherheit bieten. Es ist daher notwendig, die Staatsfinanzen von den Diktaten und Launen der Finanzmärkte abzuschirmen. Dazu müssen die Staaten neue Finanzierungsinstrumente erhalten. Zudem muss ein Verfahren für den Umgang mit staatlicher Überschuldung vereinbart werden.

1. Europäische Bank für öffentliche Anleihen

Als Instrument einer kostengünstigen und finanzmarktunabhängigen Staatsfinanzierung müssen die Staaten der Euro-Zone eine „Europäische Bank für öffentliche Anleihen“ (EuBöA) gründen. Diese tritt, wie die Geschäftsbanken, gegenüber der EZB als direkter Geschäftspartner auf, indem sie dort gegen Hinterlegung von Staatsanleihen frisches EZB-Geld bekommt. Sie reicht das günstig verzinste EZB-Geld direkt, d.h. unter Umgehung des Geschäftsbankensektors, an die öffentliche Hand weiter. Die öffentliche Hand erhält damit die Möglichkeit der Geldaufnahme zu den gleichen Konditionen wie die Geschäftsbanken. Die Europäische Bank für öffentliche Anleihen ist ein wichtiger Schritt, um die Staatsfinanzen von den Kapitalmärkten zu befreien. Sie ermöglicht Forderungsverzichte von privaten Gläubigern und Banken gegenüber überschuldeten Staaten durchzusetzen, ohne dass der Kapitalmarkt anschließend die betroffenen Länder durch einen Kreditstreik abstrafen kann. Die Spekulation mit Staatstiteln wird zugleich wirksam eingeschränkt. Eine solche Bank ist konform mit EU-Recht, daher bedarf es keiner langwierigen Vertragsänderung. Inflationsgefahren sind bei dieser Lösung nicht gegeben, denn es liegt weiterhin im Ermessungsspielraum der EZB, bei Bedarf auch eine restriktivere Geldpolitik (Zinserhöhungen, quantitative und qualitative Beschränkungen etc.) einzuschlagen.

2. Euroanleihen

Parallel zur Schaffung der Europäischen Bank für öffentliche Anleihen (EuBöA) sollen sich die Staaten der Euro-Zone in Zukunft solidarisch der Willkür der Kapitalmärkte entgegenstellen, indem sie gemeinsam verantwortete Euro-Anleihen auflegen. Durch diese „Euro-Bonds“ helfen sich die Euro-Staaten gegenseitig mit ihrer Bonität aus und verhindern spekulative Angriffe der Finanzmärkte gegen einzelne Euro-Staaten. In der Summe nützt das allen Euro-Ländern, weil es die Wahrscheinlichkeit und die Kosten einer Krise reduziert und den Euro als Währungsverbund stärkt. Gemeinsame Euro-Bonds erfordern natürlich ein System der makroökonomischen Koordination und Überwachung in der Euro-Zone, damit die Vorzüge von Euro-Bonds nicht von einzelnen Staaten unbotmäßig ausgenutzt werden.

3. Transparentes Entschuldungsverfahren für überschuldete Staaten

Euro-Bonds und die EuBöA werden eine deutliche Entschärfung der Verschuldungsprobleme der Euro-Staaten mit sich bringen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass auch die verbleibende Schuldenlast in Einzelfällen die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Staates überschreitet. Für diesen Fall braucht es ein geordnetes Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten, um deren Schuldenlast zu senken. Da ein solches Verfahren von den Gläubigern Forderungsverzich-

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

3. «Die Griechen sind faul»

Faktenlage: *Die Griechen arbeiten jede Menge. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit – abzüglich Mittagspausen – lag vor der Krise laut Eurostat bei 44,3 Stunden, in Deutschland waren es 41 Stunden und im EU-Durchschnitt 41,7 Stunden. Die französische Bank Natixis kommt für Deutschland auf eine Jahresarbeitszeit von durchschnittlich 1.390 Stunden, in Griechenland sind es 2.119 Stunden.*

Einordnung: *«Deutschland hat zwar auch hohe Schulden – aber wir können sie auch begleichen. Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten.» Abgesehen davon, dass die Griechen viel arbeiten und abgesehen davon, dass Freizeit nicht unbedingt etwas Schlechtes ist und Arbeit nicht unbedingt etwas Gutes: Es ist prinzipiell falsch, die Ursache der Krise eines Landes im mangelnden Fleiß der Einwohner zu suchen. Die Griechen haben nicht die Wahl, einfach mal länger zu arbeiten, um die Krise zu beenden. Eher ist es umgekehrt: Wegen der Krise sind viele Griechen mittlerweile zum Nicht-Arbeiten gezwungen. Die offizielle Arbeitslosenrate lag im April 2011 bei 16,5%, bei den Jugendlichen war Ende 2010 sogar jeder dritte ohne bezahlten Job. Die Zahl der Staatsbediensteten wurde in den vergangenen Monaten um 83.000 gekürzt. Man sieht: Nicht «Faulheit» schafft Krisen, sondern Krisen vernichten Jobs.*

te verlangt, dürfte es nach der Entschuldung nur zu erheblichen Mehrkosten möglich sein, sich am privaten Kapitalmarkt zu refinanzieren. Das gilt für das entschuldete Land, aber in einer Währungsunion natürlich auch für benachbarte bzw. ähnlich situierte Länder. Eine erfolgreiche Entschuldung setzt daher voraus, dass Euro-Bonds und die EuBöA während und nach der Entschuldung für eine marktunabhängige(re) Staatsfinanzierung zur Verfügung stehen. Andernfalls können die Zinsaufschläge, welche die Euro-Länder nach einer Entschuldung für neue Staatsanleihen an den Kapitalmärkten zahlen müssten, insgesamt höhere Kosten verursachen, als die Entschuldung eines einzelnen Landes an Entlastung gebracht hat. Die Maxime im Umgang mit Staatschulden muss sein, die Durchsetzung der sozialen Rechte der Bevölkerung zu gewährleisten. DIE LINKE fordert, dass die politischen und sozialen Verpflichtungen des Staates gegenüber seiner Bevölkerung als vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Gläubiger anzusehen sind. Wir schlagen vor, dass sich die EU-Länder dazu verpflichten, bei staatlichen Überschuldungsproblemen nach dem Modell fairer und transparenter Schiedsverfahren vorzugehen. Dabei stellen die Schuldner- und die Gläubigerseite eine gleich große Anzahl von RichterInnen (z.B. jeweils eineN oder zwei) und diese müssen sich auf eine zusätzliche RichterIn einigen. Dieses unparteiische Schiedsgericht entscheidet dann mit Mehrheitsentscheid darüber, auf welche Forderungen die Gläubiger aus Gründen mangelnder Legitimität oder aufgrund mangelnder ökonomischer Leistungsfähigkeit des Schuldners verzichten oder Abschläge hinnehmen müssen. In das Verfahren sind alle Gläubiger einzubeziehen und entsprechend ihrer politischen Verantwortung für das Zustandekommen der Überschuldungskrise und entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Ein wesentlicher Teil des Verfahrens ist die öffentliche Bestandsaufnahme der Überschuldungssituation. Dazu muss unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung in öffentlichen Verhandlungen des Schiedsgerichts bewertet werden, wo Gläubiger z.B. aufgrund von unseriöser Kreditvergabe oder aufgrund spekulativen Anlageverhaltens eine besondere Verantwortung für die Überschuldung tragen.

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

5. «Wir zahlen den Griechen Luxusrenten»

Faktenlage: *Laut OECD gehen in Deutschland Männer im Durchschnitt mit 61,8 Jahren in Rente, in Griechenland sind es 61,9 Jahre. Es handelt sich dabei keineswegs um «Luxusrenten»: Die griechische Durchschnitts- Rente beträgt 55% des Durchschnitts der Euro-Zone, im Jahr 2007 lag sie bei 617 Euro. Zwei Drittel der griechischen Rentner müssen mit weniger als 600 Euro je Monat über die Runden kommen.*

Einordnung: «Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland», sagte Kanzlerin Merkel Mitte Mai 2011. Zwar müssten auch BILD und Bundeskanzlerin um die wirkliche Lage der griechischen Rentner wissen. Doch für sie zählen die Fakten offensichtlich nichts. Gemäß ihrer Logik ist jedes Renten-Jahr und jeder Renten-Euro ein Luxus in einem Land, das in der Krise steckt.

C) Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse

Die Finanzkrise und die gigantischen Summen, die für die Rettung der Banken und die Stützung der Konjunktur in Europa ausgegeben wurden, haben die Staatsfinanzen in Europa massiv belastet. Statt immer neue Risiken und Verluste auf die öffentliche Hand abzuwälzen, kämpft DIE LINKE dafür, dass die Verursacher und Profiteure der Krise für die Kosten geradestehen und zur Kasse gebeten werden. Damit meinen wir einerseits große Finanzkonzerne wie die Deutsche Bank, die wieder Rekordgewinne einstreicht, nachdem sie ihre Schrottpapiere bei anderen Banken und letztlich beim Staat abgeladen hat. Zu den Profiteuren zählen wir aber auch die Reichen und Superreichen, deren Vermögen in den letzten 15 Jahren rasant gewachsen sind, da sie als Aktionäre oder sonstige Geldgeber von den Geschäften der großen Banken und Konzerne profitiert haben. (...)

2. Finanztransaktionsteuer

Um zu verhindern, dass sich Finanzkonzerne an der Spekulation mit Wertpapieren, Rohstoffen, Devisen u. ä. weiterhin eine goldene Nase verdienen können, setzt sich DIE LINKE für eine Finanztransaktionsteuer ein. Diese sollte mit einem Steuersatz von mindestens 0,05 Prozent in der gesamten EU oder notfalls in einer Koalition der Willigen eingeführt werden. Die Einnahmen sollen vor allem zur Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern sowie für ökologische Projekte verwendet werden. Die Steuer trägt damit einerseits zur globalen Umverteilung und zum Umwelt- und Klimaschutz bei, zum anderen erhöht sie die Stabilität der Finanzmärkte, indem sie kurzfristige und gesamtwirtschaftlich nutzlose Spekulation unrentabel macht.

3. Einmalige europaweite Vermögensabgabe für Millionäre und Multimillionäre

In den letzten dreizehn Jahren hat sich das Geldvermögen der europäischen Millionäre und Multimillionäre verdoppelt – auf knapp 10 Billionen US-Dollar 2010. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich auch die EU-weite Staatsverschuldung, die in diesem Jahr die Grenze von 10 Billionen Euro überschreiten wird. DIE LINKE ist der Ansicht, dass eine einmalige europaweite Vermögensabgabe nötig ist, um die Krise der Staatsfinanzen in Europa zu überwinden und hoch verschuldeten Staaten wie Griechenland einen fairen Schuldenschnitt zu ermöglichen. Da ein solcher Schuldenschnitt nicht nur private Gläubiger treffen, sondern auch die öffentlichen Haushalte belasten würde (über Abschreibungen der EZB, Rekapitalisierung von Banken u.a.), braucht man eine Vermögensabgabe, damit die drückende Schuldenlast in Europa nicht nur umverteilt, sondern tatsächlich verringert werden kann. Eine deutliche Reduzierung der Ansprüche großer Vermögensbesitzer ist aber auch nötig, damit endlich die Luft aus den Vermögenspreisblasen entweicht und wir nicht ständig von einer spekulationsgetriebenen Krise in die nächste stolpern.
(...)

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

7. «Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt»

Faktenlage: *Die Regierung in Athen gibt seit Jahren mehr aus als sie einnimmt. Zwischen 2000 und 2007 lag ihr Budgetdefizit zwischen vier und sieben Prozent der Wirtschaftsleistung.*

Einordnung: *Nahezu jede Regierung der Welt «lebt über ihre Verhältnisse», sprich: Sie gibt mehr aus als sie einnimmt. So rangierte das Budgetdefizit der Bundesregierung zwischen 2000 und 2007 zwischen 1,6% und 4,0% der Wirtschaftsleistung. Das Problem Griechenlands war nicht so sehr die Neuverschuldung, als die Tatsache, dass die Finanzmärkte irgendwann gegen Athen spekulierten und damit die Zinsen für Neukredite auf unbezahlbare Höhe getrieben haben (s.o.).*

E) Ursachen der Krise beseitigen

1. Lohn- und Sozialdumping beenden

Wer einen Weg aus der Krise finden will, muss dem deutschen Lohn- und Sozialdumping ein Ende setzen. An die Stelle von Minijobs und Leiharbeit müssen wieder anständig bezahlte Arbeitsverhältnisse treten, die ein unabhängiges Leben in Würde ermöglichen. DIE LINKE streitet für die sofortige Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro die Stunde und für die Erhöhung der Hartz IV-Sätze auf 500 Euro im Monat. Dies ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten sowie der Arbeitslosen in Deutschland, sondern nutzt der Bevölkerung in ganz Europa. Denn höhere Löhne in Deutschland reduzieren den Druck auf die Löhne in anderen EU-Staaten und verhindern damit, dass die Schere zwischen armen und reichen EU-Staaten immer weiter auseinandergeht.

2. Für eine europäische Ausgleichsunion

In anderen EU-Ländern hat man längst erkannt, dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden müssen, wenn die Eurozone nicht auseinanderbrechen soll. Ein Abbau dieser Ungleichgewichte ist ohne Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch nur möglich, wenn Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen ihre Binnenwirtschaft stärken und mehr importieren. Auf europäischer Ebene setzt sich DIE LINKE daher für eine Ausgleichsunion ein, die dafür sorgt, dass hohe Leistungsbilanzüberschüsse mit Sanktionen belegt werden. Bei kurzfristigen Leistungsbilanzungleichgewichten von mehr als drei Prozent des BIP und bei längerfristig angesammelten Leistungsbilanzungleichgewichten von mehr als 12,5 Prozent des BIP sollen automatisch eskalierende Strafgebühren fällig werden. Ferner müssen Regierungen mit Ungleichgewichten öffentlich darlegen und begründen, welche Korrekturmaßnahmen sie ergreifen werden. Die Einnahmen aus den Strafgebühren sollten in einen Struktur- und Kohäsionsfond fließen, aus dem Maßnahmen zum Leistungsbilanzausgleich, zur Erhöhung der Produktivität und zur Förderung des sozialökologischen Strukturwandels finanziert werden.

3. EU-weite Mindestbesteuerung von Unternehmen und Vermögen

Schon lange vor der Krise haben Steuersenkungen für Reiche und Konzerne dafür gesorgt, dass die Basis einer stabilen und langfristigen Finanzierung staatlicher Ausgaben untergraben wurde. Die Vermögensteuer wurde in vielen Ländern aufgeweicht oder ganz ausgesetzt; Unternehmenssteuern und Spitzensteuersätze gesenkt. Um die europäischen Staatsfinanzen auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen, muss dieses EU-weite Steuerdumping begrenzt werden. Das Steueraufkommen auf Gewinne und Vermögen muss steigen! DIE LINKE fordert daher eine europäische Mindestbesteuerung von Unternehmen und Vermögen (...).

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

9. «Griechenland ist nicht wettbewerbsfähig»

Faktenlage: *Das stimmt – wenn man den Außenhandel als Maßstab nimmt. Hier verbucht Griechenland seit Jahren ein hohes Defizit, das 2009 14% der Wirtschaftsleistung erreichte. Das heißt: Griechenland importiert mehr als es exportiert. Als Grund hierfür werden vor allem zu hohe Lohnsteigerungen genannt. Daher soll nun das griechische Lohnniveau sinken, um das Land wieder wettbewerbsfähig zu machen.*

Einordnung: *«Wettbewerbsfähigkeit» ist keine «Fähigkeit». Sie beschreibt ein Verhältnis. Tatsächlich sind die Lohnstückkosten in Griechenland zwischen 2000 und 2010 um fast 40% gestiegen. Ein Problem war dies aber nur, weil die Lohnstückkosten in anderen Ländern weniger stark stiegen und die Unternehmen aus diesen Ländern daher einen Kostenvorteil auf dem Weltmarkt hatten. Europameister beim Lohnsparen war Deutschland. Dort stiegen die Lohnstückkosten dank schmaler Tariferhöhungen nur um 5%. Ergebnis waren hohe Exportüberschüsse für Deutschland und hohe Importüberschüsse für Länder wie Griechenland, Portugal, Irland oder Spanien. Der deutsche Erfolg war also nur das Spiegelbild des Misserfolgs in der Euro-Peripherie: Ohne Defizite in Griechenland, Spanien, Portugal keine deutschen Überschüsse. Über seine Exportoffensive sanierte sich Deutschland also auf Kosten seiner Nachbarn.*

Dossier: Griechenland-Krise

„Ihr griecht nix“

Interview mit Nikolaos Georgakis

Interview mit Nikolaos Georgakis (Redakteur der NRZ), der Ende Juni nach Athen gereist ist. Sein Bericht über die aktuelle Situation ist im Netz eingestellt und findet sich hier: http://www.derwesten.de/nachrichten/Wie-die-Griechen-versuchen-sich-neu-zu-finden-id4802380.html

Herr Georgakis, Sie sind seit wenigen Tagen zurück aus Griechenland und haben hierüber in der NRZ berichtet. Mit welchen Erwartungen sind Sie nach Griechenland gefahren?

Es waren weniger Erwartungen, die ich mit meiner Recherchereise nach Athen verband. Mich trieb eher ein Gefühl, ein Verdacht um, wenn Sie so wollen, dass sich in Griechenland etwas Grundlegendes ändert.
Zuvor hatte ich im Internet registriert, wie immer mehr Freunde, ehemalige Kommilitonen und Bekannte politisch aktiv wurden, auf die Straße gingen, protestierten – allesamt Menschen, die sich bislang von der Parteienpolitik und dem Staat angewidert abgewandt hatten. Mir schwante: Diese Proteste sind anders. Sie sind weder gewerkschaftlich, noch irgendwie anders organisiert. Da passierte alles spontan, aus einem Bedürfnis heraus, sich zu artikulieren, gehört zu werden. Diese Bewegung ist autonom und achtet peinlichst darauf, dass sie von nichts und niemandem vereinnahmt wird. Auch nicht von den Medien.

Was hat Sie am meisten überrascht, als Sie vor Ort in Griechenland waren?

Die Ernsthaftigkeit, der Mut, die Selbstkritik und die Friedfertigkeit dieser Bewegung. Es kommt zwar immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen, die Bilder produzieren, die es in den Abendnachrichten schaffen. Doch man sollte die Bewegung des Syntagma-Platzes (Platz der Verfassung) nicht mit dem Ausnahmenzustand verwechseln. Es ist eine sehr heterogene Bewegung übrigens.
Abend für Abend versammeln sich Studenten, Arbeiter, Freiberufler, Professoren, Schüler und Rentner, um, halten Sie sich bitte fest, zu reden. Diese

Nikolaos Georgakis

Menschen sehen sich einem korrupten politischen System ausgeliefert, das den Spielchen der internationalen Finanzmärkte nur eine Sparpolitik entgegenzusetzen hat, die ihnen jegliche Lebensgrundlage zu entziehen droht. Das Gros der Menschen – und darüber wurde bei uns in Deutschland kaum berichtet – sitzt auf Plätzen und möchte seine Ohnmacht überwinden. Und auch wenn sie nicht wissen, was sie genau meinen, wenn sie von direkter Demokratie reden, sie praktizieren sie.
Und wirklich ganz neu ist: Die Griechen hören einander zu. Kaum hatte ich ein Gespräch auf dem Syntagma-Platz angefangen, gesellten sich zwei drei andere Menschen dazu, die mitdiskutieren wollten. Interessant ist auch, dass sich die Proteste nicht darauf beschränken, allein auf „die Politik“ zu schimpfen. Die laden Wirtschaftsprofessoren ein, die ihnen die Krise erklären sollen. Die Menschen wollen verstehen, warum ihnen das alles geschieht. Und wo die Krise existentiell ist, stellen sich die Griechen existentielle Fragen. Ich habe ganz oft den Satz gehört: „Wir müssen uns ändern“ oder „Unsere eigene Mentalität muss sich ändern“.

Wie reagierten die Menschen in Griechenland auf die hiesige Berichterstattung (Stichwort: „faule Griechen“)?

Wie jeder Mensch auf Beleidigungen reagiert: gekränkt. Und weil sich viele Griechen mit den Deutschen in Freundschaft wähnten, auch enttäuscht. Aber bei Geld hört ja bekanntlich die Freundschaft auf. Am meisten dürften die Griechen zwei Dinge an uns Deutschen ernüchtert haben: 1) dass wir so tun, als schenkten wir den Hellenen Geld. Es sind aber Kredite, an denen Deutschland über die Zinseinnahmen verdient. Und 2) dass die Bundesregierung den Eindruck erweckte, sie sei sich unsicher, ob es nicht billiger wäre, die Griechen untergehen zu lassen. Fatal ist, dass die griechische Presse oft ganzseitig die Berichterstattung aus dem Ausland übersetzt und abdruckt. Schlagzeilen aus dem Boulevard wie „Ihr griecht nix“ liest man so auch in Athen. Aber ansonsten spielen die Deutschen kaum eine Rolle in der öffentlichen Debatte. Die Menschen haben genug mit ihren eigenen Sorgen zu tun. Momentan sind die Griechen selbst ihre härtesten Kritiker. Da braucht es nicht noch Spott aus Deutschland.
Man sollte aber nicht vergessen zu erwähnen, dass es bei uns auch guten, seriösen Journalismus zum Thema Griechenland-Krise gibt. Nehmen Sie zum Beispiel die Financial Times, die uns in einem großen Text vorgerechten hat, wie gut wir am „sündigen Griechen“ verdienen. Oder das aktuellen Zeit-Dossier, in dem genau nachgezeichnet wird, wohin die Milliarden fließen, nämlich direkt an unsere Banken.

Herr Georgakis, vielen Dank für das Interview!
(Die Fragen stellte Jörg Bütefür)

Eindruck von der Demonstration – Foto: Nikolaos Georgakis

20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise

12. «Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!»

Faktenlage: *Der griechische Staat verfügt über Eigentum, dessen Wert auf 270 bis 300 Milliarden Euro taxiert wird. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um Grundstücke – auch auf Inseln.*

Einordnung: *Die Regierung in Athen hockt nicht auf ihrem Besitz. Sie hat ein breit angelegtes Privatisierungsprogramm aufgelegt. Im Angebot sind Telekommunikationsfirmen, Stromkonzerne, Häfen und jede Menge Grundstücke. Damit will Athen bis zum Jahr 2015 50 Milliarden Euro einnehmen. Hier gibt es aber mehrere Haken: Da Griechenland verkaufen muss, wird es nur schlechte Preise für sein Eigentum erhalten. Die Käufer – internationale Konzerne – werden die griechische Notsituation auszunutzen versuchen. Zweitens: Verkauft der Staat rentable Firmen, gehen ihm Einnahmen verloren. Fazit: «Die Erfahrung in unzähligen Stabilisierungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigt, dass (Privatisierung) eine äußerst riskante Strategie ist... Schließlich brauchen geordnete Verfahren ... eine sehr lange Zeit, die Griechenland derzeit nicht hat. Privatisierungen sind daher als Notfallmaßnahme eher ungeeignet.»*

Buchtipp

Andreas Wehr: Griechenland, die Krise und der Euro

Was mussten wir nicht alles über die Griechen lesen: „Abgebrannt“ sind sie (Die Zeit), „Pleite-Griechen“ mit „Luxusrenten“ (Bild). Andreas Wehr, Jurist und Mitarbeiter im Europaparlament, ist diesen Thesen nachgegangen. Er liefert die Anatomie einer Lüge, die in Brüssel ihren Ursprung hat, über die Boulevardpresse verbreitet wurde und unter anderem bei einem Marsch der von Rechtsextremisten („Deutsches Geld für deutsche Interessen!“) vor dem Konsulat Athens in Düsseldorf endete.
Wehr erklärt, weshalb Griechenland nicht die EU, sondern die EU Griechenland bedroht, und zeichnet nach, wie die kerneuropäischen Staaten jahrelang Waren- und Kapitalexporte zu Lasten der schwächeren Nachbarn in Süd- und Osteuropa betrieben. Das strukturschwache Griechenland hatte dabei ebenso wenig eine Chance, eine eigene, nachhaltige Industrie aufzubauen, wie Portugal, Ungarn oder Lettland. Deren innerhalb der EU erzwungenen „Schuldenökonomien“, so Andreas Wehr, brachen zusammen, als die europäischen Banken ihr Kapital abzogen.
Was die weitere Perspektive angeht, so ist er skeptisch, ob die Pläne des Finanzkapitals am Ende wirklich aufgehen. Die harten Kürzungen drücken das griechische Bruttoinlandsprodukt tief ins Minus. Der zähe Widerstand der dort von den Kürzungen am härtesten Betroffenen tut ein Übriges. Nach Meinung von Wehr wird deshalb kein Weg an einem Forderungsverzicht der Banken vorbeiführen. Alles in allem: ein außerordentlich lesenswertes faktenreiches Buch.

Erschienen im Papyrossa Verlag Köln, 179 Seiten, 12,90 Euro
Im Europäischen Parlament ist Andreas Wehr in der linken Fraktion GUE/NGL Koordinator für Wirtschaft und Währung. www.andreas-wehr.eu

Das KiBiz-Reförmchen: War's das bis 2015?

Von Carolin Butterwegge

Wer für sein Kind eine Tagesbetreuung sucht oder hat, lernt schnell: Es gibt viel zu wenig Plätze für die ganz Kurzen und die Kitas leiden unter miserablen Rahmen- und Personalbedingungen.

Zu kurz kommen häufig die Förderung der Kinder und gute Arbeitsbedingungen für Erzieher/innen: Rund 30% aller Berufsanfänger kehren den Kitas den Rücken, es gibt kein Personal für Vertretungen und der Krankenstand ist sprunghaft gestiegen. Dazu tragen ständig neue Aufgaben, unfreiwillige Teilzeitarbeit und Befristungen bei. Fast ausschließlich sind es Frauen, die von solchen prekären Beschäftigungsbedingungen in Kitas und der Kindertagespflege betroffen sind.

Die Krise der Kindertagesbetreuung ist hausgemacht vom Kinderbildungsgesetz, KiBiz genannt. Es regelt seit August 2008 die Kindertagesbetreuung in NRW. Aktuell steht ein erstes Änderungsgesetz zum KiBiz an, eine umfassende Reform plant die Landesregierung erst später.

Zu wenig Personal

Der Gesetzentwurf verzichtet weitgehend auf eine Verbesserung der Personalausstattung. Mit der geplanten zusätzlichen, auf ein Jahr befristeten „U3-Pauschale" springen pro Kitas nur wenige Wochenstunden für Kinderpfleger/innen heraus. Außerdem will man 1.000 Jahrespraktikant(inn)en bezuschussen.

Elternbeiträge ungleich hoch

Doch auch Elterninteressen kommen zu kurz. Zwar ist die nun geplante Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr zu begrüßen, sinnvoller wäre es aber, das erste Jahr beitragsfrei zu stellen, um allen Kindern von Anfang an einen Kitabesuch zu ermöglichen. Fraglich ist aber, ob darauf weitere Schritte folgen werden, denn die Landesregierung verweigert einen Fahrplan zur vollständigen Beitragsfreiheit. Unverändert sollen auch die kommunal höchst unterschiedlichen Elternbeiträge bleiben. Während reiche Kommunen wie Düsseldorf sich eine Beitragsfreiheit leisten können, müssen hochverschuldete Ruhrgebietsstädte häufig tief in die Taschen der Eltern greifen. Damit bleiben die Chancen von Müttern, wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, vom Wohnort abhängig. SPD und Grüne könnten dies, solange es keine vollständige Beitragsfreiheit gibt, mit der Einführung landesweit einheitlicher, sozial gestaffelter Elternbeiträge problemlos ändern.

Beschleunigt sanieren

Es geht jetzt darum, bessere Bedingungen in den Kitas zu schaffen: v.a. mit höheren Personalmitteln für Erzieher/innen, Hauswirtschafts- und Vertretungskräfte, damit wieder mehr Zeit für die Förderung der Kinder bleibt. Weitere dringend nötige Maßnahmen werden aber auf die lange Bank geschoben. Jenseits des Ausbaus der Plätze für Unter-Dreijährige müssten bestehende

Carolin Butterwegge ist für DIE LINKE Mitglied des Landtags NRW

Einrichtungen dringend saniert werden – viele haben für eine Ganztagsbetreuung schlicht keine angemessenen Räume. Doch ein Sanierungsprogramm hat die Landesregierung bisher abgelehnt.

Statt Trippelschritte

Der Gesetzentwurf zeigt: Rot-Grün plant zwar winzige Trippelschritte in die richtige Richtung, die strukturelle Unterfinanzierung der Kitas wird aber nicht beendet. Eine wirkliche Verbesserung ist nicht absehbar. Diese Trostpflästerchen reichen der LINKEN nicht. Denn die Kinder in den Kitas können nicht bis 2015 auf eine Besserung warten. DIE LINKE fordert: Rettungsschirme auch für die Kitas.

„Wo bleibt das Sozialticket?"

... fragten am 31. Mai zahlreiche Demonstranten vor der VRR-Zentrale in Gelsenkirchen.

DIE LINKE griff diese Forderung im Landtag von NRW mit einem Antrag für eine landesweite NRW-Card auf. Eine solche ist nötig, weil immer mehr Menschen in Hartz 4 sind und ihrer Grundrechte auf Mobilität und Teilhabe beraubt werden. Hier muss das Land aktiv gegensteuern, da sich ein solches Sozialticket nur mit Landeszuschüssen durchsetzen lässt und wenn man die Verkehrsverbünde in die Verantwortung nimmt: Die Landesregierung sieht aber tatenlos dabei zu, wie insbesondere der VRR immer weiter von einem Sozialticket abrückt. Mittlerweile plant dieser lediglich ein vergünstigtes Vierer-Zusatzticket anzubieten.

DIE LINKE-Forderung nach einer NRW-Card knüpft an erfolgreiche Stadt-Pass-Modelle an: Die Nutzung des ÖPNV soll landesweit möglich sein – zu einem Preis von max. 15 Euro, der sich am Hartz-4-Regelsatz orientiert. Zudem sollen auch kommunale Angebote in diese Karte integriert werden, wie verbilligte Eintritte in Schwimmbäder, Theater und Bibliotheken. cab

Essener Hauptbad: Welchen Ersatz gibt es nach der Schließung? Foto: Stefan Dolge

Fortschreibung Bäderkonzept: Wasser marsch!

Von Herbert Bußfeld

Nach jahrelangen politischen Grabenkämpfen – insbesondere zwischen CDU und SPD - in der Bäderpolitik ist endlich eine einvernehmliche Lösung in Sicht. Zustande kommt diese Einigung nicht zuletzt dank der Vermittlung des Essener Sportbundes (ESPO). Diese Einigung hatte die Regierungspräsidentin zur Vorbedingung für die Freigabe weitere Investitionsmittel für den Essener Sport gemacht. Gelder, die für die Sanierung zahlreicher maroder Sportanlagen dringend benötigt werden.

Wer in den vergangenen zwei Jahren die Sitzungen des Essener Sport- und Bäderausschusses live und in Farbe miterlebt hatte, konnte sich angesichts der dortigen Debatten“kultur“ oftmals nur entsetzt abwenden. CDU und Grüne einerseits und SPD auf der anderen Seite überzogen sich gegenseitig mit Vorwürfen, die nur für Kenner der Materie nachvollziehbar waren: „Hesse ist überall“ und „Masterplan Sport“ seien hier als hochexplosive Stichpunkte genannt. Die Atmosphäre war derart vergiftet, dass an Fortschritte in den wichtigen sportpolitischen Fragen lange Zeit nicht zu denken war.

Streitpunkte waren die Zukunft vom Dellwiger Freibad Hesse, die Standortfrage für einen Hauptbadersatz und last not least die Bädersituation im gesamten Essener Nordwesten, der, nach der von schwarz-grün zu verantwortenden Schließung von Nöggerathbad und Oase, trocken zu fallen drohte. Auch die Zukunft des sanierungsbedürftigen Hallenbads Borbeck war Bestandteil des Pakets.

Leidtragende des parteipolitischen Gezänks waren die Essener Sportvereine. Sie wurden quasi in Geiselhaft genommen, da die Regierungspräsidentin – bis zur Einigung auf ein Bäderkonzept – sämtliche Investitionsmittel für alle Essener Sportanlagen blockiert hatte. Kunstrasenplätze konnten nicht gebaut, heruntergekommene Umkleiden nicht saniert werden.

Hauptbad nicht sanierbar – Neubau auf dem Thurmfeld

Dank des moderierenden Eingreifens des Essener Sportbundes (ESPO) konnte nach langen und teils zähen Verhandlungsrunden ein für alle Seiten tragbarer Kompromiss erzielt werden. Die Bedürfnisse des Schulschwimmens (so genannte „pflichtige“ Aufgabe der Stadt), der Schwimmvereine und des Freizeitschwimmens (insbesondere im Nordwesten) werden gleichermaßen berücksichtigt. Hierin kann sich DIE LINKE gut wiederfinden: Hesse wird nicht geschlossen und mit einem Neubau auf dem Thurmfeld erhält die Stadt einen aus dem Norden und Nordwesten gut erreichbaren Hauptbadersatz.

Doch im Einzelnen: Nach einer neuerlichen Überprüfung des Bäderbestandes war allen Beteiligten klar: Eine Sanierung des Essener Hauptbades an der Steeler Straße ist finanziell nicht leistbar. Die Kosten für die Sanierung würden die Kosten für einen Neubau weit übersteigen. Strittig blieb somit die Frage, wie und wo Ersatz geschaffen werden sollte: Während die SPD das Schwimmzentrum Rüttenscheid erweitern wollte, sprach sich unsere Fraktion für einen Neubau an einem nördlich der A40 gelegenen Standort aus.

Unsere Gründe: Einerseits würde „Rüttenscheid plus“ die Unterversorgung des Essener Nordens und Nordwestens weiter verschärfen (die Erreichbarkeit des Schwimmzentrums Rüttenscheid aus dem Norden

Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE im Sport- und Bäderausschuss, er war Mit-Initiator des Bürgerbegehrens gegen den „Masterplan Sport“

und Nordwesten der Stadt ist eher schlecht), andererseits ist die verkehrlichen Situation um das Schwimmzentrum Rüttenscheid schon problematisch genug. Nicht zuletzt wegen der stadtentwicklungspolitischen Signalwirkung sprachen wir uns für einen Neubau nördlich der A40 aus. Insofern stieß der Vorschlag der FDP, einen Neubau am Standort „Thurmfeld“ zu errichten, auch bei uns auf Sympathien. Dieses Gelände, das nördlich an die Universität grenzt, ist sowohl mit Bus und Bahn als auch per Rad sehr gut erreichbar und liegt inmitten einer kleinen „grünen Oase“.

Zu guter Letzt lenkte auch die SPD-Fraktion ein. Auf dem Thurmfeld wird - so sich nicht ein noch besser geeigneter Standort findet –das neue Essener Hauptbad errichtet. Das dortige Gelände umfasst rund 90.000 m², wovon zunächst nur 30.000 m² für das neue Hallenbad benötigt werden. Die verbleibenden Flächen sollen freigehalten werden, um zu einem späteren Zeitpunkt Außenbecken hinzufügen zu können. Auch eine Nutzung für weitere Sportanlagen (Kunstrasenplätze) ist denkbar.

Für DIE LINKE ist wichtig, dass durch die Gestaltung des neuen Bades der Bürgerin / dem Bürger ein Wohlempfinden vermittelt wird – also auch nach einem kurzen Badbesuch ein Erholungseffekt eintritt. Und sie /er sich auf den nächsten Badbesuch freut.

Hesse als Schwimmbad erhalten

Hochumstritten war die Zukunft des Freibades Hesse: Während CDU und Grüne Hesse maximal auf ein reines Planschbecken reduzieren wollten, machten sich SPD, FDP und DIE LINKE für den Erhalt als Schwimmbad stark – und setzten sich letztlich durch. Zwar wird die Wasserfläche von Hesse deutlich verkleinert, doch eine „Umwidmung“ in einen „Bürgerpark“ – wie dies die CDU ursprünglich wollte – ist damit vom Tisch.

Pragmatisch die Lösung für das Hallenbad Borbeck (der Sanierungsbedarf liegt bei aktuell 4,7 Mio. Euro): Nach Fertigstellung des Hauptbadersatzes auf dem Thurmfeld wird entschieden, ob diese Mittel die Sanierung des bestehenden Bades oder aber in einen Neubau gesteckt werden. Sicher ist jedoch, dass der Standort Borbeck für die Bürger und die Vereine erhalten bleibt.

Würden wir uns noch mehr wünschen? Ja. Aber unter den gegebenen finanziellen Gesichtspunkten, müssen auch wir Kompromisse eingehen. Schon, um dem ganzen Sport in Essen die aus Düsseldorf blockierten Millionen zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Hinauszögern würde nur dazu führen, dass auch in diesem Jahr viele Umkleiden nicht saniert und eine Reihe von Sportplätzen nicht mit Kunstrasen ausgestattet würden. Dieser Preis war (vernünftigerweise) allen Beteiligten zu hoch.

Kulturhauptstadt Ruhr 2010 Aus und Vorbei?

Konferenz der Fraktion DIE LINKE im RVR diskutiert über Sicherung der Nachhaltigkeit

„Nach dem Kulturhauptstadtjahr: Kooperation entwickeln – Masterplan Kulturmetropole Ruhr auf dem Prüfstand", so hieß eine Konferenz der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) am 18.6. 2011 im RVR-Verbandsgebäude an der Kronprinzenstraße.

Kulturkonferenz beim RVR: Andreas Bomheuer, Johannes Brackmann, Wolfgang Freye (v.l.n.r.) – Foto: Stefan Dolge

Höchst fachkundig diskutierten die knapp 50 Teilnehmer/innen diese Frage mit u.a. Dr. Joachim Hetscher (Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW), Heinz-Dieter Klink (RVR-Regionaldirektor), Ria Jansenberger (Ruhr 2010 GmbH), Ralf Michalowski (MdL DIE LINKE), Jörg Obereiner (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im RVR) und Ferhat Keskin (Schauspieler), die als Referenten teilnahmen.

Die Konferenz knüpfte an zwei Konferenzen der Fraktion DIE LINKE im RVR in den Jahren 2008 und 2009 an, vor dem Kulturhauptstadtjahr. Es vertrat zwar niemand, dass das Kulturhauptstadtjahr gar nichts gebracht hat, wie Künstler der freien Szene vorher befürchteten. Es gab viele gute Projekte, auch unter den Groß-„Events", auf die die Kulturhauptstadt zu sehr gesetzt hat, wie z.B. die Aktion „Schachtzeichen". Was davon jedoch bleiben wird und ob die regionale Kunst- und Kulturszene nachhaltig profitiert, ist bisher jedoch nur schwer abzusehen. Das liegt auch daran, dass es inzwischen zwar eine Flut von Veröffentlichungen zur Kulturhauptstadt gibt, aber keine von der Ruhr2010 oder dem RVR organisierte Diskussion.

Klar ist, dass etliche Investitionen in „Steine" bleiben wie das Ruhrmuseum oder auch der Essener Hauptbahnhof, der endlich renoviert wurde. Am Dortmunder U oder dem Lehmbruck-Museum in Duisburg, deren Kosten ins Uferlose entgleiten, und auch an den um 3,5 Mio. Euro jährlich gestiegenen Betriebskosten des von der Krupp-Stiftung finanzierten Um- bzw. Neubaus des Folkwang-Museums in Essen wird deutlich: Manche Kosten werden noch Jahre lang die Kulturetats der Städte belasten und den Druck zu Kürzungen bei Theatern, Operhäusern und vor allem der freien Szene drastisch erhöhen.

Die freie Szene wurde nach Meinung vieler Kritiker ohnehin nicht ausreichend beteiligt. Die Ruhr2010 GmbH hat noch nicht einmal den Vorschlag aufgegriffen, ein Internetportal einzurichten für die zahlreichen offiziell abgelehnten freien Projekte, die dennoch verwirklicht wurden. Ebenso wenig wurde die von der Fraktion DIE LINKE verfolgte Chance genutzt, einen Kulturpass für das Ruhrgebiet einzuführen, der regional den Zugang zu den ermäßigten Eintrittspreisen für Kultureinrichtungen erleichtert, um Erwerbslosen und Niedrigverdienern Teilhabe zu ermöglichen.

Bei der Konferenz bestand Übereinstimmung, dass solche Ziele weiterverfolgt werden müssen.

Der Kulturdezernent der Stadt Essen, Andreas Bomheuer, sprach sich z.B. ausdrücklich dafür aus. Ebenso sahen es alle als notwendig an, es zu verhindern, dass die Region jetzt wieder in das jahrzehntelang übliche Kirchturmsdenken verfällt. Die entstandenen Netzwerke müssen gepflegt und weiterentwickelt werden – wie, diese Frage ist allerdings immer noch nicht entschieden.

Der im Sommer 2009 vom RVR nach einem langen, relativ breiten Diskussionsprozess vorgelegte „Masterplans Kulturmetropole Ruhr" bietet bei allen Mängeln Ansätze zur Diskussion. Er wurde nach dem erneuten Einbruch der kommunalen Finanzen jedoch auf Eis gelegt. Erst jetzt beginnt wieder eine Auseinandersetzung. Das Land NRW hat zugesagt, dass es bereit ist, die Kulturmittel für die Region auf 4,8 Mio. Euro jährlich aufzustocken, wenn die Kommunen im RVR die 2,4 Mio. Euro jährlich verstetigen, die für die Kulturhauptstadt erhoben wurden. Johannes Brackmann, Vorsitzender des Kulturbeirates der Stadt Essen, hat in seinem Beitrag umfassende Anforderungen zur Verwendung dieser Mittel in die Diskussion gebracht, deren weitere Erörterung lohnt. *Wolfgang Freye*

Ausblick

(Aus dem Konferenz-Beitrag von Johannes Brackmann:)

... Genug gemeckert; die Kulturhauptstadt ist ja nicht ... angetreten, um die gesamten Problem der Region zu lösen. Der Masterplan Kulturmetropole Ruhr in der noch vorliegenden Form wird dies aber auch nicht können – schon gar nicht mit solchen Plastikwortungetümen wie: „kreative Metropolregion", „vernetzte Innovationsräume" oder „kompetenzfeldorientierte Metropolenstrategie" oder noch schlimmer „transdisziplinäre Metropolenkompetenzfelder". Ich stelle auch infrage ob es sinnvoll ist, kulturelle Entwicklung entlang von Bereichen wie Theater & Performing arts, Städte- und Metropolentransformation, Interkultur/Kulturelle Vielfalt, der Kreativwirtschaft sowie „einfache Kompetenzfelder" und „Basiskompetenzfelder" zu fördern.

Was aus meiner Sicht gebraucht wird, ist eine offene und ehrliche Analyse der Verhältnisse in der Region, die Benennung der Stärken (das hat Ruhr 2010 ausführlich getan), aber auch der Schwächen (das hat sie ausführlich nicht getan). Erst daraus lassen sich dann zukünftige Handlungsstrategien und Entwicklungsfelder ableiten, wie z.B.

- kulturelle Teilhabe (Stichwort Kulturpass für Einkommensschwache),
- Partizipation und zeitgemäße Formen der kulturellen und künstlerischen Beteiligung,
- die Bewältigung der Finanzkrise der Kommunen ...
- die Bewältigung des demografischen Wandels (Interkultur/Migration, die Schrumpfung der Bevölkerung, die Alterspyramide),
- die Entwicklung von Experimentierräumen und -möglichkeiten für die junge nachwachsende Künstlergeneration,
- die Thematisierung von Urbanisierungsdefiziten und sozialer Ungleichheit in den Städten der Region mit Mitteln der Kultur,
- den Abbau der seit Jahren sich verschärfenden Förderungerechtigkeit zwischen der sogenannten Hochkultur und der Freien Kultur/Soziokultur ...

Aus dem, was ich hier schlaglichtartig beschrieben habe, lassen sich für mich abschließend folgende Anforderungen an einen – ich würde ihn mal schlicht nennen – „Kulturentwicklungsplan Emscher/Ruhr" ableiten. Die Kulturhauptstadt war u.a. angetreten, um beispielhaft zu zeigen, dass eine regionale, städteübergreifende Zusammenarbeit möglich ist. Genau dieser ... Handlungsstrang, sollte nun verstärkt aufgegriffen und Eingang in den Masterplan finden. Wir brauchen aus meiner Sicht daher vor allem:

- Eine Vernetzungsförderung/Vernetzungsagentur für verschiedene Themenfelder und Sparten, die Akteure aus der Region zusammenhält und zusammenbringt ... (Theater-Museums-, Konzerthaus, Soziokultur und Kooperationen im Freien Kulturbereich ...).
- Eine vernünftige möglichst mehrjährige Förderung langjährig bestehender und erfolgreich arbeitender Regionalprojekte und Festivals wie z.B. die internationalen Kurzfilmtage, das weltweit renommierte Jazzfestival in Moers ..., aber auch Projekte wie jazzwerkruhr, das Odyssee-Festival, Blicke aus dem Ruhrgebiet u.a.
- Eine regionale Produktionsgemeinschaft der Freien Kultur/der Soziokultur mit einer jährlichen oder zweijährig stattfindenden großen künstlerischen Produktion ...
- Ein auch nach 2010 über die Region hinausgehendes Marketing und europaweiter Austausch der regionalen Potentiale und Aktivitäten – unter Berücksichtigung der freien und soziokulturellen Projekte und Aktivitäten.
- Eine transparente Mittelvergabe der regionalen Mittel an Hand nachvollziehbarer Kriterien.
- Eine ausreichende Förderung des künstlerischen Nachwuchses; d.h. adäquate und preisgünstige Raumangebote, der Aufbau von regionalen und kommunalen (Zwischen)Nutzungsagenturen, kostenlose Förderberatungen etc.
- Und wir brauchen vor allem: Einen regelmäßigen, öffentlichen regionalen Diskurs über die Frage des aktuellen Zustandes und der zukünftigen Entwicklung der Region und ihrer kulturellen Entwicklung.

„Die Kulturhauptstadt geht – wir bleiben", steht auf der Internetseite eines bedeutenden soziokulturellen Zentrums im Ruhrgebiet ... Dann sollten wir doch alle gemeinsam dafür sorgen, dass das Erreichte nicht nur in seinem Bestand gesichert wird, sondern auch zukunftsfähig gehalten und neue Entwicklungen möglich werden. Dazu gehören Ideen, Mut, Flexibilität, die Bereitschaft zur regionalen Zusammenarbeit und natürlich ... – Geld!

Gleichzeitig ... müssen wir gemeinsam Sorge dafür tragen, dass Kultur nicht nur als Standort-, Wirtschafts- und Imagefaktor und als kreative Ökonomie gesehen, sondern ... als unverzichtbarer Teil des menschlichen Lebens, als ... Teil gesellschaftlicher Emanzipation und einer humanen Entwicklungsperspektive für das Ruhrgebiet.

Termine

Mittwoch, 13. Juli
Mitgliederversammlung DIE LINKE. Essen
18.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17

Freitag, 15. bis Sonntag, 17. Juli
Sommerakademie der Sozialistischen Linken, Senner-Hellweg 461, Bielefeld, Anmeldung unter: www.sozialistische-linke.de

Samstag, 16. Juli
„Tatort Niedriglohn – Was tun gegen Lohndrückerei und prekäre Beschäftigung?“
11.00 Uhr, Saal des IG Metall-Hauses Gelsenkirchen, Augustastraße 18, Gelsenkirchen

Samstag, 16. Juli
Mobilität – Werk – Stadt „Neue Verkehrslösungen für das Ruhrgebiet“
11.00 Uhr, Ratsgymnasium Gladbeck, Mittelstraße 50, Gladbeck

Mittwoch, 20. Juli
Monatsversammlung des Essener Friedensforums, 19.00 Uhr, Volkshochschule, Burgplatz 1

Mittwoch, 20. Juli
Treffen: Runder Umwelttisch Essen
19.00 Uhr, VUZ, Maxstraße 11

Mittwoch, 20. Juli
Stadtteilgruppe 3, 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lehnbachstraße 3

Samstag, 23. Juli
Beisenfest in Katernberg
13.00 Uhr, Grundstraße

Sonntag, 24. Juli
Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft von DIE LINKE. NRW
11.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE., Severinstraße 1

Donnerstag, 25. Juli
Stadtteilgruppe Ruhrhalbinsel
19.00 Uhr, Gaststätte „Zum Türmchen“, Butenbergs Kamp 86

Mittwoch, 3. August
BUND-Kreisgruppentreffen
19.00 Uhr, Büro BUND Essen, Maxstraße 11

Donnerstag, 4. August; Donnerstag, 1. September
Treffen von attac Essen
19.00 Uhr, Büro d. Anti-Rassismus-Telefons, Maxstraße 11

Freitag, 9. September
Sahra Wagenknecht kommt nach Essen; Uhrzeit und Ort demnächst unter: www.dielinke-essen.de

Montag, 11. Juli; Montag, 25. Juli; Montag, 8. August (alle zwei Wochen montags)
Erwrbslosenfrühstück
10.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE., Severinstraße 1

Jeden 3. Donnerstag im Monat
Hartz 4 - Stammtisch
17.00 Uhr, evgl. Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstraße 22b

A 52-Teilstück Essen-Bottrop stößt auf viel Widerstand

Am 24.6. 2011 endete die Widerspruchsfrist gegen den 3,625 km langen Teilabschnitt der A 52 von Bottrop nach Essen-Karnap. Die genaue Zahl der Widersprüche im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens lag uns bei Redaktionsschluss nicht vor. Nach Angaben des Netzwerkes der Bürgerinitiativen „Keine neue Transitautobahn“ waren es einige Tage vor „Toresschluss“ jedoch schon über 1.000, mehr als beim ersten Verfahren vor zwei Jahren.
Straßen NRW will den offiziell mit 60 Mio. Euro kalkulierten Bauabschnitt auf der Trasse der jetzigen B 224 unbedingt durchsetzen. Diese Absicht steht im Widerspruch zu der Ankündigung der Landesregierung, den Weiterbau der A 52 von der A 40 quer durch den Essener Nordosten wegen Finanzierungsproblemen auf Eis zu legen. Denn die Bürgerinitiativen gehen davon aus, dass der Abschnitt der A 52 von Bottrop nach Essen-Karnap mehr Verkehr anziehen wird und dadurch der Druck für den Ausbau der kompletten A 52 neu erhöht wird.
Schon 2005 rollten südlich der Prosperstraße in Bottrop täglich rund 44.000 Autos über die B 224. Nach Prognosen von Straßen NRW werden es auf dem gleichen A 52-Abschnitt bis 2025 täglich 55.000 Autos.
Nach dem Bundesverkehrsplan soll die A 52 neu von Gladbeck nördlich von Essen bis zur A 44 im Essener Süden führen. Einschließlich Ruhralleetunnel würde diese Strecke über 2 Mrd. Euro kosten – viel Geld, das für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs besser eingesetzt würde! wof

Werden:

Kommt der Kompromiss für die Bebauung der Grünen Harfe?

Von Wolfgang Freye und Gerald Janke

Nach fast fünf Monaten hat das vom Rat beschlossene Moderationsverfahren zur Bebauung der „Grünen Harfe“ in Essen-Werden/Heidhausen ein gutes Ergebnis gebracht. Anfang Mai vereinbarte der „Runde Tisch“ Eckpunkte, unter denen eine (Teil-) Bebauung der Ackerfläche denkbar ist.

Danach soll die Anzahl der Wohngebäude auf 100 Wohneinheiten (70-80 Einfamilienhäuser und 5 Stadtvillen mit jeweils 5 Wohneinheiten) begrenzt werden und 40 % der Gesamtfläche zu einer zusammenhängenden Grünfläche entwickelt werden. Gleichzeitig soll die notwendige Entscheidung des Rates über den Bebauungsplan mit einer Lösung der Verkehrsprobleme in Essen-Werden verknüpft werden. Die Bebauung wird nämlich zu einer Steigerung des ohnehin schon hohen Verkehrsaufkommens in Essen-Werden führen. Die Lärm-, Feinstaub- und CO^2-Belastung liegt in der Brückstrasse in Essen-Werden schon heute über den zulässigen Grenzwerten.
Während die Bürgerinitiative Essen-Werden/Heidhausen, die seit Jahren gegen die Bebauung kämpft, den Kompromiss mittragen würde, schießt Thyssen-Krupp-Immobilien als Grundstücksbesitzer dagegen. In einem Schreiben an die Stadt Essen lehnt der Konzern sowohl eine Begrenzung auf 100 Wohneinheiten ab, als auch die Verknüpfung des Bebauungsplanverfahrens mit der Lösung der Verkehrsprobleme. Indirekt droht Thyssen-Krupp mit einer Klage gegen einen Ratsbeschluss, der solche Vorgaben enthält.
Damit stellt sich der Konzern offen gegen die Ergebnisse des Versuches, den jahrelangen Konflikt mit Hilfe des „Runden Tisches“ zu lösen. Das kann man nur als „Arroganz der Macht“ bezeichnen. Der Konzern meint es nicht nötig zu haben, sich mit den Einwänden und Sorgen der EinwohnerInnen gegen den Planungsprozess auseinanderzusetzen.
Der Rat wollte eigentlich schon im Mai entscheiden und einen Beschluss zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens fassen, der die Ergebnisse der Moderation berücksichtigt. Weil die Verwaltung eine Vorlage lieferte, die die Ergebnisse nur unzureichend widergibt und die EBB noch Beratungsbedarf anmeldete, wurde dieser Beschluss jedoch in die nächste Sitzung am 12.07. 2011 geschoben. Wahrscheinlich wird es dann eine breite Ratsmehrheit geben. Sonst wäre die Bürgerbeteiligung für die Katz.

Frohnhausen:

metropolradruhr

Vor gut einem Jahr, Mai 2010, hat die Bezirksvertretung den Aufbau mehrerer metropolradruhr-Stationen im Bezirk III beschlossen. Besonders freut es mich, dass fast direkt vor meiner Haustür eine Station eingerichtet werden soll, nämlich an der U-Bahn Breslauer Straße.
Da werde ich wohl öfter mal wieder Fahrrad fahren können. Der Aufbau der Stationen wird bis 2012 abgeschlossen sein, dann u.a. werden auch an den S-Bahnhöfen Frohnhausen und Essen-West Fahrradstationen stehen.

Susanne Kreuzer, BV III

Holsterhausen:

Anwohnerparken

Wer häufiger in Holsterhausen mit dem Auto unterwegs ist und dort sein Auto abstellen muss, kennt das Problem: die „Nachfrage“ nach Parkplätzen übersteigt das vorhandene Angebot erheblich. In dem eng bebauten Gebiet parken Beschäftige und Besucher von Justiz, Klinikum und Einzelhandel. Für die Bewohner entstehen zwischen Wohnung und Parkplatz oft unzumutbare Entfernungen. Diesem Thema widmet sich die Bezirksvertretung III in ihrer Juni-Sitzung. Nach einer Bürgeranhörung soll darüber entschieden werden, ob eine Anwohnerparkregelung (ähnlich wie rund um das Museum Folkwang) eingeführt wird.

Susanne Kreuzer, BV III

Katernberg:

Straßenbenennungen

Im Stadtbezirk VI bietet sich die Chance, den Namen von zwei Straßen festzulegen: Auf der Kokerei-Seite von Zollverein wird die Ruhrkohle neue Straßen bauen. Es sind insgesamt drei, die Ruhrkohle möchte nur die Straße, an der ihre zukünftige Hauptverwaltung liegen soll, „Am Welterbe“ nennen, die anderen beiden Straßennamen sind noch frei.

Bevor die Kokerei gebaut wurde, war dort neben freiem Feld eine kurze Straße mit fünf Bergmannshäusern, wie man sie auch heute noch kennt: die Franzstraße. Was aber kaum noch jemand weiß, ist, dass es in der Kriegszeit dort ein russisches Gefangenenlager gab.

Die Namen, die die Ruhrkohle vorgeschlagen hat, sind nach anderen Männern benannt. Spätestens mit unserer Generation ist die Kenntnis über dieses Lager verschwunden.

Sicher gibt es kreative Köpfe unter uns, denen dazu was Gutes einfällt. Ich würde mich freuen, wenn sich viele BürgerInnen mit ihren Vorschlägen melden, damit diese (als Antrag) in die BV eingebracht werden können.

Jutta Potreck, BV VI

Innenstadt:

„Obdachlose auf dem Willy-Brandt-Platz – ganz schön unappetitlich!“

In der Mai-Sitzung der BV I (Innenstadt) erklärte ein Vertreter der Grünen, Bürger hätten sich bei ihm beschwert, dass die Sitzbänke auf dem Willy-Brandt-Platz entfernt worden seien. Es sei unbefriedigend, dass man dort nun auf Fahrradbügeln und Blumenkübeln sitzen müsse.

Hierauf erklärte der Bezirksbürgermeister Valerius, er selbst habe die Entfernung dieser Bänke veranlasst. Ein am Willy-Brandt-Platz praktizierender Gynäkologe – seine Patientinnen kämen aus ganz Deutschland – hätte sich bei ihm darüber beschwert, dass auf den Bänken häufig Obdachlose säßen; es sei dort auch schon zu Verunreinigungen des Platzes gekommen. Da habe er doch reagieren müssen...
Über soviel dünkelhafte Borniertheit und Pauschalverurteilung – und dies auch noch von einem Arzt – geriet der BV-Vertreter der Grünen spontan in Wut. Er fragte zynisch, ob ein Arzt sich nicht eigentlich beruflich verpflichtet hätte, Gesundheit wiederherzustellen und Leben zu erhalten; ein größerer Teil der Obdachlosen sei bekanntlich suchtkrank. Die Vergütung für deren Behandlung würde er vermutlich gern kassieren, aber auf einem öffentlichen Platz in der Nähe seiner Praxis dürften sie nicht sitzen, obwohl sie bekanntlich doch nicht einmal eine Wohnung hätten. Wenn bestimmte Obdachlose den Platz tatsächlich verunreinigten, gebe es ja schließlich immer noch die Ordnungsbehörden.

Außerdem interessierten den Bezirksbürgermeister offensichtlich auch die Bürger nicht, die sich es auf den Bänken eine Zeitlang gemütlich machen wollten. Zum Beispiel, um sich von Einkäufen auszuruhen. Hierauf setzte der CDU-Bezirksbürgermeister noch einen – den entscheidenden – drauf: „Dann können wir die Bänke ja gleich vor die Zentrale der Essener Marketing Gesellschaft stellen, der Hauptbahnhof ist der Ort, an dem alle auswärtigen Gäste ankommen. Obdachlose am Willy-Brandt-Platz – das ist schon ganz schön unappetitlich!“

Es bleibt nur zu hoffen, dass solche prärassistischen Auffassungen nicht von allzu vielen CDU-Mandatsträgern geteilt werden, da sonst in Essen eine Reintegrationspolitik für Obdachlose kaum stattfinden wird – unabhängig von der Finanzlage. Im Übrigen wird DIE LINKE. versuchen, in einem gemeinsamen Antrag mit den anderen Fraktionen, die Wiederaufstellung der Sitzbänke auf dem Willy-Brandt-Platz zu erreichen.

Frank Tiedemann, BV I

Altenessen:

Kinderärztliche Unterversorgung

Am 22. Juni führte DIE LINKE eine Veranstaltung zur kinderärztlichen Unterversorgung im Essener Norden durch. Eingeladen war Kathrin Vogler, die DIE LINKE im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages vertritt.

Nach einem interessanten Vortrag konnten wir aus der anschließenden Diskussion einige wichtige „to do‘s“ für die weitere Arbeit in der Bezirksvertretung V mitnehmen: So hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) die Möglichkeit, Arztzulassungen aufzukaufen und dem Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen. Hier sollten wir die Fragestellung an die KV weiterreichen, ob in naher Zukunft die Möglichkeit zur Umsetzung besteht, und Zulassungen dann in den Essener Norden verschoben werden können.

Eine weitere Vision tat sich in der großen Runde auf, und zwar die Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums, in kommunaler Trägerschaft oder als Angliederung (quasi als Eigenbetrieb) einer Krankenkasse. Hiergegen gab es jedoch bereits Einwände seitens des Gesundheitsamtes: Dies seien unzulässige Eingriffe in den „freien Markt“. Hier stellt sich für DIE LINKE die Frage: Hat die Stadtverwaltung nicht eine Fürsorgepflicht den Essenern Bürgern gegenüber? Im Essener Norden ist den Kindern und Jugendlichen gegenüber seit 2 Jahren betreffend medizinischer Versorgung davon jedoch nichts zu spüren.... Aber wie wir ja wissen: In der „Großstadt für Kinder“ - die Essen ja sein möchte - haben Kinder nur eine winzige Lobby!

Birgit Petereit, BV V

Fotocollage: Stefan Dolge

Rüttenscheid:

Neues vom „Tischekrieg“

Die einseitige Betrachtungsweise hinsichtlich Außengastronomie ist zu hinterfragen
Bei der von der Presse zum „Tischekrieg“ stilisierten Problematik mit der Genehmigung von Außengastronomie in Rüttenscheid fällt auf, dass lediglich die Sichtweise der Gastronomen lautstark zu Wort kommt.
Dabei ist es doch Aufgabe der Politik, alle unmittelbar und mittelbar von Genehmigungen Betroffenen in die Betrachtung vor einer Entscheidung einzubeziehen – und dies sind neben den Gastronomen auch die Nutzer der Gehwege mit Kinderwagen oder Rollatoren, die Nutzer der Fahrradwege (so vorhanden), die Nutzer der Grünflächen, die Nutzer der Parkplätze und nicht zu vergessen die Anwohner.
Ich lehne eine weitere Verkleinerung der Grünfläche im Christinenpark ab und sehe für die im Prinzip wünschenswerte Ausdehnung der Außengastronomie auf der Rü das Erfordernis eines Verkehrskonzeptes für die Rü/Rüttenscheid, das all diese Belange mit in Betracht zieht – diskutieren wir also neben Aufstellorten für Tische auch über Shared-Space und/oder autofreie Straßen- mit allen Beteiligten bzw. Betroffenen.

Cornelia Swillus-Knöchel, BV II

Borbeck:

1.600 Brotdosen für Kindergartenkinder im Bezirk IV

Seit September 2010 ist Petra Braukmann auf Vorschlag der LINKEN eine der drei Kinderbeauftragten des Bezirks IV.
Nachdem sie auf der letzten Gesundheitskonferenz bereits 200 Butterbrotsdosen an Borbecker Kindergartenkinder verteilte, konnte sie nun durch ihren ehrenamtlichen Einsatz erreichen, dass RWE weitere 1.400 Butterbrotsdosen zur Verfügung stellte. Somit bekommen nun alle Kindergartenkinder der ca. 30 Kindergärten im Bezirk IV eine Brotdose mit Lineal, Stift und Malblock. Petra Braukmann, Mitglied der LINKEN, will so dem Missstand abhelfen, dass viele Kinder vor dem Besuch des Kindergartens zu Hause kein richtiges Frühstück bekommen.
Im Weiteren setzt sie sich für eine Verbesserung der Verhältnisse auf Borbecker Spielplätzen ein. Hierfür steht sie in regem Kontakt mit dem Kinderschutzbund sowie mit dem Kinder- und Familienbüro. Neben den 10.000 €, die ihr im Jahr für ihre Projekte bereitgestellt werden, ist sie stetig auf der Suche nach neuen Sponsoren, um sich noch wirkungsvoller für die Belange der Kinder einsetzen zu können.

Barbara Rienas, BV IV

Ruhrhalbinsel:

LINKE Bezirksarbeit im Essener Süden

Seit Juni finden wieder regelmäßige Treffen der Stadtteilgruppe BV 8 (Heisingen, Kupferdreh, Überruhr, Burgaltendorf) statt.
Jeweils am letzten Montag im Monat treffen sich LINKE und Interessierte in der Gaststätte „Zum Türmchen“ in Heisingen, um dort Probleme aus dem Essener Süden zu analysieren. Dabei wird erörtert, wie linke Lösungsansätze umgesetzt werden können. Feste Tagesordnungspunkte sind der Bericht aus der Ratsfraktion und die Arbeit in der Bezirksvertretung VIII.
Zum Schwerpunktthema des letzten Treffens entwickelte sich der Punkt „Politische Gremien und die Bürger“. Hierbei ging es um die Möglichkeiten von Übertragungen der Rats- bzw. Bezirksvertretungssitzungen über das Internet. Dieses Thema wird auch beim nächsten Treffen - am 25. Juli 2011, um 19.00 Uhr - wieder auf der Tagesordnung stehen.

Stefan Dolge, BV VIII

ESSENER ABEND

Die Kehrseite

Planwirtschaft-Expertin in der CDU:
Die frühere FDJ-Sekretärin Angela Merkel

Abstimmen, bis der Arzt kommt:
Neue demokratische Prinzipien im Essen Rat

Abgehakt

Ein Lob der Planwirtschaft!

Der CDU-Ratsherr Jörg Uhlenbruch, rein körperlich noch relativ jung an Jahren, ist ambitioniert und trotz intellektueller Mangelverwaltung stets versucht, sich in die An(n)alen (und eben genau dahin) der Ratsarbeit zu drängeln. Womit also diesmal?

Planwirtschaft: Kita-Ausbau

In einer Debatte zur Kitaausbauplanung im Jugendhilfeausschuss (JHA) im Juni, lobte Uhlenbruch die LINKEN Vertreter im JHA als erfahrene „Experten für Planwirtschaft“.
Verwirrung stiftete die Frage, ob er damit die Planwirtschaft á la DDR-Realsozialismus bis 1989, welche die hier Angesprochenen in Wanne-Eickel bei Wandlitz (1964) und Dorsten bei Moskau (1983) geborenen LINKEN-Vertreter bekanntlich seit DDR-Gründung 1949 maßgeblich mitbeeinflussten, oder die ähnlich erfolgreiche Kita-Bedarfs-Planung des CDU-Dezernenten Renzel der letzten Jahre in Essen, welche durch Schwarz-Grün im Rat regelmäßig durchgezockt wurde, meinte.

Jörg Uhlenbruch, Ratsherr (CDU)

Jedenfalls ließen sich die von unerwarteter Seite so gelobten LINKEN nicht lange bitten, und lobten – wie es sich nach dem allseits anerkannten „Code Sowjet“ gebührt – herzlich zurück.

Wer, wie Herr Uhlenbruch, Parteigänger einer derart erfolgreichen Kanzlerin ist, welche in der DDR als ehrgeizige FDJ-Sekretärin Planwirtschaft gewissermaßen von der Pike auf lernen durfte, möge sich glücklich schätzen. Vor allem dann, wenn diese seine Kanzlerin heutzutage immer gerne in die erfolgreichste PLANWIRTSCHAFT der Welt reist, um dort – den Sitten entsprechend – tief gebeugt um wirtschaftliche Kooperation und Investitionen in deutschen Landen bittet, dabei das Thema Menschenrechte aber rechtsaußen liegen lässt.
Nun, der so zurückgelobte Herr Uhlenbruch verzichte zwar auf ein höfliches Dankeschön, sagte aber immerhin nichts mehr. Und das hilft in Sachfragen des Jugendhilfeausschusses meistens weiter.

Frank & Frei

Poker um Dezernentenstelle

In der Maisitzung des Rates beantragte die Viererkoalition (CDU/Grüne/FDP/EBB) die Ausschreibung der aktuell freien Dezernentenstelle. Angesichts des 1.000-Stellen-Beschlusses schlicht eine Frechheit. DIE LINKE und SPD beantragten geheime Abstimmung. Ergebnis: mit 39 zu 42 Stimmen abgelehnt. Damit erhielt die Viererkoalition erstmals für einen eigenen Antrag keine Mehrheit. Sachdienliche Hinweise zu „Abweichlern“ nimmt die CDU-Fraktion entgegen.

Fortsetzung folgt

Ob dieser Niederlage hat das Viererbündnis angekündigt, den Antrag in der Juli-Sitzung erneut zur Abstimmung zu stellen. In bewährter demokratischer Tradition soll so lange abgestimmt werden, bis das Ergebnis passt.

Haus der Geschichte eröffnet

Ab sofort können Rentner, Erwerbslose und „Krankgeschriebene“ die Dauerausstellung zur Essener Geschichte besuchen. Andere Bevölkerungsgruppen dürften es schwer haben, die „Öffnungszeiten“ wahrzunehmen: jeweils mittwochs, von 10.00 bis 17.00 Uhr. Dank des 1.000-Stellen-Beschlusses der Viererkoalition fehlt es an Aufsichtspersonal.

JobCenter-TV

Seit kurzem kommen „Kunden“ des JobCenters Essen in den Genuss einer TV-Berieselung. Auf Großbildmonitoren wird der bekannte Waffenkundesender N24 gezeigt. Ferner werden die „Kunden“ darüber „informiert“, dass keine Kopien mehr angefertigt werden. Vermutlich, weil das Kopiergeld in Bildschirme investiert wurde. Dennoch klar rechtswidrig. Zum Mitbringen von Kopien der vorzulegenden Dokumente sind die Berechtigten nicht verpflichtet.

Gedicht des Monats

Wohlfahrtseinrichtungen

(Gewissen Leuten ins Stammbuch)

Zum Teufel mit eurer „Wohlfahrt“!
Wir wollen dieselbe nicht!
Gebt uns genügend Löhnung,
So wie es Recht und Pflicht.

Gebt nur genügend Löhnung,
Ihr seid durch uns ja reich –
Den ganzen „Wohlfahrtsplunder“,
Wir schenken ihn gerne euch.

Heinrich Kämpchen
1847-1912, Bergmann, Streikführer, Sozialist aus dem Ruhrgebiet,
in: Bergarbeiterzeitung 11.4.1908

Rätsel-Ecke

Aus den dritten Buchstaben von oben nach unten ergibt sich die Lösung: eine Einrichtung, die für unsere Kleinen kostenlos sein muss. Viel Spaß!

An der „Grünen Harfe“ gibt’s das nicht mehr – oder doch?
_ _ _ _ _ B _ _

Hier gehen die Menschen gegen Sparprogramme auf die Straße
_ _ _ _ C _ _ _ _ _ _ _

Die verursachten die Krise – und kommen ungeschoren davon!
_ A _ _ _ _

Was legt man ein, wenn das JobCenter falsch rechnet?
_ _ _ _ _ P _ _ _ _

Mensch ey, dat is doch dem Krebs sein Vorname!
_ _ _ T _ _ _

Bei Stadtgründung lag Essen nicht an der Ruhr, sondern an diesem Flüsschen
_ _ _ _ E

Hier müssen „unsere Jungs“ schnellstens raus!
_ _ _ _ _ _ _ T _ _

Akute Gefahr für den Doktorhut
_ L _ _ _ _

Im Mittelalter bedeutend, heute „nur“ ein Stadtteil
_ _ _ _ _ N

Was darf den Essener Norden keinesfalls durchschneiden?
_ _ _ O _ _ _ _

Über die schweigt Helmut Kohl sich immer noch aus!
_ P _ _ _ _

Der wird im Norden Essens dringend gebraucht!
_ _ _ _ _ _ _ Z _

Lösung:
_ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Des Rätsels Lösung bitte einsenden an: essener-morgen@dielinke-essen.de (Betreff: „Rätsel“) oder per Post an: DIE LINKE. KV Essen, Severinstraße 1, 45127 Essen, Stichwort „Rätsel“. Zusendungen bis zum 15. August 2011. Zu gewinnen gibt es – passend zur Fußball-WM – eine Jahreskarte für ein Essener Frauenfußballteam; gesponsert von der SGS Schönebeck (www.sgs-schönebeck.de) sowie weitere „Trostpreise“. Die Gewinnerin/der Gewinner wird in der nächsten Ausgabe bekannt gegeben. Ausgeschlossen von der Teilnahme sind Mitglieder der Redaktion sowie MitarbeiterInnen der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen (und deren Angehörige). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.